

BERLÄYÑ 04/16

international Nummer 132

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN

Der [interkulturelle Kalender](#) für den Monat April:

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten sind heute eine der zentralen Stützen der Integrationspolitik überhaupt. Darauf hat Berlins Integrationsbeauftragter Andreas Germershausen hingewiesen. Aus diesem Grund fördert das Land Migrantinnenorganisationen und andere Träger der Integrationsarbeit. Herauszufinden, wo und wie Fördermittel zu beantragen sind, überfordert allerdings manchen Verein und manche Initiative. Daher hat der Integrationsbeauftragte auf seiner Internetseite eine Übersicht veröffentlicht, die Auskunft darüber gibt, wo Mittel für Integrationsprojekte bereit stehen, welche Vergabevoraussetzungen es gibt und welche Fristen einzuhalten sind (ab [Seite 4](#)).

Kürzlich erschien die achte Ausgabe der Reihe „Berliner Hefte zur interkulturellen Verwaltungspraxis“ mit dem Titel „Die interkulturelle Öffnung eines arbeitsmarktpolitischen Programms – am Beispiel des Landesprogramms Mentoring“. Aufgearbeitet sind in der nun vorliegenden Broschüre Ziele, Hintergründe und die einzelnen Stationen der bisher im Sinne der interkulturellen Öffnung im Landesprogramm Mentoring vollzogenen Schritte. Verfasst wurde die Broschüre von Jana Pampel, der Koordinatorin des Landesprogramms Mentoring und Christian Raschke, dem fachlichen Begleiter des Prozesses interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Mehr dazu sowie zu den Bezugsmöglichkeiten auf [Seite 4](#).

Der kurze Blick in das Inhaltsverzeichnis auf den [Seiten 2 und 3](#) gibt Auskunft über die weiteren Themen dieser Ausgabe. Vielleicht finden Sie dort ja die eine oder andere Meldung von Interesse.

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 29.04.2016.
Redaktionsschluss für die Ausgabe Mai 2016 (Nr. 133) ist der 22.04.2016.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/-löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung mit Quellenangabe erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, AL III 22; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/service/newsletter/>
01.04.2016 [1.941 | Jahrgang 33]

1	
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	Internationaler Romatag
9	
10	
11	
12	
13	Songkran 2559 Thai Neujahr
14	Baisakhi 317 Sikh Neujahr
15	
16	
17	
18	
19	Ridvanfest der Baha'i bis 1.5., Roter Mittwoch der Jesiden
20	
21	
22	Pessachfest, Türkisches Kinderfest
23	
24	
25	
26	
27	
28	Pessachfest bis 30.4.
29	
30	

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

Berliner Hefte zur interkulturellen Verwaltungspraxis -	
Broschüre zur interkulturellen Öffnung des Landesprogramms Mentoring erschienen	4
Förderprogramme im Bereich Integration – wo? Für wen? Zu welchen Konditionen?	
Übersicht auf der Website des Berliner Integrationsbeauftragten bietet Überblick	4
„Neuzuwanderung aus Südosteuropa – Praxismodelle aus deutschen Städten“	
Dokumentation der Tagung erschienen	5
Berlin braucht dich!: Neue Ausgabe des Newsletter erschienen	5
Das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen:	
Integrationslotsinnen in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf	6
Angebote des IQ Landesnetzwerks zur nachhaltigen Teilhabe von Geflüchteten am Arbeitsmarkt	7
EU-Programm „für Roma, mit Roma“	8
Senatorin Dilek Kolat zum Internationalen Frauentag	9
Berliner Frauenpreis 2016 an Gabriele Heinemann verliehen	9
Senatorin Kolat zur ReachOut –Statistik über rechtsextreme Gewalt	10
Eröffnung der ersten Berliner Unterkunft für alleinstehende, geflüchtete Frauen	10
Senatorin Kolat ehrt Percy Mac Lean mit Bundesverdienstorden	11
Dilek Kolat: „Robuster Arbeitsmarkt kann Geflüchtete aufnehmen	11
„Verbraucherschutz ist Macht. Wallah!“	
Humorvolle Videospots weisen Menschen mit Migrationshintergrund auf ihre Verbraucherrechte hin	11

Aus dem Landespressedienst

Zukunft der Berliner Engagementlandschaft-	12
"SIWA II": Hauptausschuss billigt Projekte im Volumen von 193 Mio. Euro	12
Abgabetermin beim Hauptstadtkulturfonds für 2017. Frist: 15.04.2016	13
Regierender Bürgermeister Müller zum Internationalen Frauentag	14
Müller und Koch betonen soziale Verantwortung in wachsender Stadt	14
Genehmigungsverfahren für den Bau von Flüchtlingsunterkünften in modularer Bauweise künftig schneller und einfacher	15
IBB Wohnungsmarktbericht 2015 vorgestellt	15
Planspielreihe „Next Level: Europe – Das Spiel der Regionen“ –	
EuropaBeauftragte ruft zur Teilnahme auf	16
Europabeauftragte lädt Berliner Schulgruppen zur „Tour d'Europe 2016“ ein	16
Masterplan Integration und Sicherheit	17
Verbesserung der Anerkennungsmöglichkeiten ausländischer Berufsabschlüsse	18
Europabeauftragte wirbt für Europawoche 2016 (30. April bis zum 9. Mai)	19
Müller nach Gespräch mit Frans Timmermans:	
„Europa muss in Flüchtlingsfrage seiner Verantwortung gerecht werden“	19
Neue Zentrale Erstuntersuchungs- und Impfstelle des LAGeSo	20
Landeskommission Berlin gegen Gewalt lobt Präventionspreis 2016 aus. Frist: 15. April 2016	20
Dienstag, 12. April 2016: „Refugees welcome“ – eine Lesung	21
Müller zu den Anschlägen in Berliner Partnerregion Brüssel	21
Berlin beschleunigt Einstellungsverfahren	22
Neue Landesgesellschaft begleitet Neubau von Flüchtlingsunterkünften durch die berlinovo	22
Senat beschließt Rahmenkonzept: „Medizinische Versorgung von Asylsuchenden im Land Berlin“	23
Renner überreicht Tilly Boesche-Zacharow Bundesverdienstkreuz	23
Senator Mario Czaja: Geflüchtete arbeiten gemeinnützig bereits in 75 Berliner Unterkünften	24
Land Berlin verstärkt Förderung für bürgerschaftliches Engagement	24

Anfragen an den Senat

„Sicherheitsfirmen in Berliner Unterkünften für Geflüchtete – Aktueller Stand“ (Link)	
und weitere Anfragen ab Seite	26

Aus Europa, Bund und Ländern

Berliner Europaportal30
BMI: 67.797 Asylanträge im Februar 201630
AMIF-Infobrief 01/2016 erschienen31
"Funkhaus Europa": Kürzungen zurück nehmen, Migrantenquote einführen31
Muslimische Flüchtlingshilfe gegründet31

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Nächster Start: 04.04. - Arbeiten und Lernen in Europa	
Berufspraktika in Frankreich, Polen, den Niederlanden und Schweden32
12.04., SOR/GEW-Seminar: Klimawechsel in der Schule – Wege zur diskriminierungsfreien Schulkultur33
03.05., Info-Veranstaltung: Einstiege in Ausbildung und Duales Studium mit Zukunft - Enter Technik und Partner-Unternehmen stellen sich vor. Anmeldefrist: 30.04.201633
NeuSTART - START-Stipendien für neu zugewanderte, motivierte Jugendliche zu vergeben Frist: 20.05.201634
Ab 18.04., LIFE e.V., Fit für den Arbeitsmarkt: Projektmanagement für Frauen aus allen Kulturen34

Workshops/ Tagungen

14.04., VIA-Fachveranstaltung: Kompetent – Teilhaben – Gestalten. Vorstellung des AMIF-Projekts „Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*innenorganisationen Berlin (IKMO)“35
08./09.04., bpb: Digitale Bildung und Geflüchtete. Open Space für Diskussion und Vernetzung35
11.04., Expertengespräch in der ESMT: Wirtschaftspolitische Implikationen der Flüchtlingsmigration36

Initiativen

Ausschreibung: "Der Deutsche Alterspreis 2016". Frist: 26.04.201636
--	---------

Aus Projekten und Vereinen

Projektvorstellung AfroPolitan Berlin: Veranstaltungen im April/Mai37
02.06., ADAS - Diskriminierungsschutz an Schulen: Auftaktveranstaltung der berlinweiten Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen. Anmeldung bis: 30.05.201638
BAYOUMA-HAUS der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V. Programm April 2016 (Auszug)38

Veranstaltungen

08.04.: ROMADAY 2016 - Kundgebung für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas39
Bis 08.04.: "Romnja*Power Month"39
Akademie des Jüdischen Museums: Veranstaltungen im April 201640
16./17.04. sowie 23./24.04, FEZ: Cooking with Friends - Eine kulinarische Mitmachreise für die ganze Familie40
Kultur bewegt e.V.: Stadttealführungen im April 2016 - Neukölln40

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

...werden mit der nächsten Ausgabe nachgereicht [RED.]

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

BERLINER HEFTE ZUR INTERKULTURELLEN VERWALTUNGSPRAXIS - Broschüre zur interkulturellen Öffnung des Landesprogramms Mentoring erschienen

„Viel zu wenige Jugendliche aus Einwandererfamilien schaffen den Sprung in duale Ausbildungsgänge. Gleichzeitig liegt auch die Quote der Ausbildungsabbrüche bei ihnen deutlich über der aller Auszubildender“, so Andreas Germershausen, Beauftragter des Senats für Integration und Migration. „Die Gründe für den Abbruch einer Ausbildung sind individuell unterschiedlich. Wenn aber deutlich mehr junge Leute mit Migrationshintergrund ihre Ausbildung abbrechen, zeigt das dringenden Handlungsbedarf. Das war Ausgangspunkt für die jetzt von mir veröffentlichte Broschüre zum Landesprogramm Mentoring.“



Der Integrationsbeauftragte betont: „Mit dem Landesprogramm Mentoring, das von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen entwickelt und seit 2013 im Rahmen von „Berlin-Arbeit“ umgesetzt wird, wurden bereits frühzeitig Auszubildende unterstützt, ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Um den Problemlagen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund noch gezielter gerecht werden zu können, wurde auf meine Anregung hin untersucht, wie das Landesprogramm Mentoring kulturelle Unterschiede stärker berücksichtigen kann. Damit sollte die interkulturelle Öffnung nicht nur exemplarisch anhand eines arbeitsmarktpolitischen Programms vollzogen werden, sondern dieser Prozess war auch mit dem Anliegen verknüpft, die dabei gesammelten Erfahrungen zu analysieren und dann für andere Programme verwertbar zu machen. Mit der nun vorliegenden Broschüre wird dieser Schritt vollzogen und die ‚Hefte zur interkulturellen Verwaltungspraxis‘ erstmalig um die Perspektive der interkulturellen Öffnung eines Förderprogramms für die Ausbildung ergänzt.“

„Der aktuelle Berufsbildungsbericht der Bundesregierung hält fest“, so Germershausen weiter, „dass für Migrantinnen und Migranten die berufliche Bildung, neben der schulischen Bildung, das zentrale Instrument für die gesellschaftliche Integration darstellt. Mit der interkulturellen Öffnung des Landesprogramms Mentoring

wird genau hier angesetzt, um Auszubildende gerade aus Einwandererfamilien zu stärken.“

Den Auszubildenden wird durch das Landesprogramm Mentoring eine Mentorin oder ein Mentor zur Seite gestellt, die bzw. der im Tandem ganz individuell und vertrauensvoll auf die jeweilige Situation eingeht. Die ehrenamtlich tätigen Mentorinnen und Mentoren unterstützen die Auszubildenden dabei, die Herausforderungen in Betrieb und Berufsschule zu meistern, eigene Fähigkeiten weiterzuentwickeln und gesteckte Ziele zu verfolgen.

„Wichtig ist mir, dass wir ein Regelprogramm der Ausbildungsförderung interkulturell ausrichten – in sehr guter Zusammenarbeit mit den Fachebenen“, unterstreicht der Integrationsbeauftragte.

Aufgearbeitet sind in der nun vorliegenden Broschüre Ziele, Hintergründe und die einzelnen Stationen der bisher im Sinne der interkulturellen Öffnung im Landesprogramm Mentoring vollzogenen Schritte. Verfasst wurde die Broschüre von Jana Pampel, der Koordinatorin des Landesprogramms Mentoring und Christian Raschke, dem fachlichen Begleiter des Prozesses interkulturelle Öffnung der Verwaltung.

Das Heft „Die interkulturelle Öffnung eines arbeitsmarktpolitischen Programms – am Beispiel des Landesprogramms Mentoring“ gibt es kostenlos beim

Beauftragten für Integration und Migration,
Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin
E-Mail: integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Dort sind auch die anderen bisher erschienenen „Berliner Hefte zur interkulturellen Verwaltungspraxis“ erhältlich. Als kostenloser Download steht die Broschüre auch bereit unter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/veroeffentlichungen/interkulturelle-oeffnung/>

FÖRDERPROGRAMME IM BEREICH INTEGRATION – WO? FÜR WEN? ZU WELCHEN KONDITIONEN? Übersicht auf der Website des Berliner Integrationsbeauftragten bietet Überblick

Die Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten sind heute eine der zentralen Stützen der Integrationspolitik überhaupt. Darauf hat Berlins Integrationsbeauftragter Andreas Germershausen hingewiesen. Aus diesem Grund fördert das Land Migrantenorganisationen und andere Träger der Integrationsarbeit.

„Die Stellung und das Selbstverständnis von Migrantenorganisationen haben sich natürlich stark gewandelt“, so Andreas Germershausen. „In den 70er und 80er Jahre waren sie vor allem reine Selbsthilfeorgani-

sationen und Orte, wo die Community sich traf. Heute sind sie Partner von Verwaltung und Politik, von Regelinstitutionen und Wohlfahrtsverbänden. Sie bieten Dienstleistungen an und organisieren politische Beteiligung in der Stadt und im Quartier.“

Die immer vielfältigeren Aufgaben stellen die Organisationen allerdings auch vor große Probleme, wie sich diese Aktivitäten finanzieren lassen. Dabei gibt es Unterstützung von verschiedener Seite. Herauszufinden, wo und wie Fördermittel zu beantragen sind, überfordert allerdings manchen Verein und manche Initiative. Auf Wunsch des Abgeordnetenhauses hat der Integrationsbeauftragte auf seiner Internetseite eine Übersicht veröffentlicht, wo Mittel für Integrationsprojekte bereit stehen, wie die Vergabevoraussetzungen sind und welche Fristen einzuhalten sind.

„Viele Projektträger leisten einen großen Teil ihrer Arbeit über ehrenamtliche Helfer“, so Andreas Germershausen weiter. „Ihnen bietet die Übersicht Hilfe bei der Recherche nach Fördermöglichkeiten. Die Informationen werden regelmäßig aktualisiert.“

Zusammengestellt hat sie Herr Tejan Lamboi. Sie sind als PDF-Datei auf den Internetseiten des Integrationsbeauftragten abrufbar unter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/projektfoerderung>

Um die Suche nach einzelnen Programmen zu vereinfachen, ist die Übersicht in drei Bereiche aufgeschlüsselt:

1. Förderprogramme des Bundes und der EU
2. Förderprogramme des Landes Berlin
3. Stiftungen und Förderprogramme von Vereinen

Aufgelistet sind Informationen zu den einzelnen Programmen, zu Vergabevoraussetzungen und Bewerbungsfristen. Die Informationen sind mit den entsprechenden Internetseiten der Stellen, die die Mittel vergeben, verlinkt.

Das PDF mit den Förderprogrammen ermöglicht die Volltextsuche nach bestimmten Stichworten.

„NEUZUWANDERUNG AUS SÜDOSTEUROPA – PRAXISMODELLE AUS DEUTSCHEN STÄDTEN“

Dokumentation der Tagung erschienen

Am 23. November 2015 kamen ca. 150 deutsche und europäische Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wissenschaft und Praxis zur Tagung „Neuzuwanderung aus Südosteuropa – Praxismodelle aus deutschen Städten“ zusammen. Im Zentrum stand der Austausch über die erfolgreiche Einbeziehung von Neuzugewanderten aus Südosteuropa in deutschen Kommunen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzen auf dem

„Markt der Möglichkeiten“ die Gelegenheit, sich über erfolgreiche Projekte aus anderen Städten zu informieren und erarbeiteten in sieben Arbeitsgruppen Handlungsempfehlungen zu den wichtigsten Themen der Integrationsunterstützung für Neuzugewanderte. Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen und Expertenvorträge sowie eine Liste aller beteiligten Projekte sind in einer Publikation zusammengefasst, die als Broschüre gedruckt und online über <http://www.minor-kontor.de/>

(direkter Download unter:

<http://www.minor-kon->

[kon-](http://www.minor-kon-)

[tor.de/images/ima_tagungsdokumentation_komplett.pdf](http://www.minor-kon-)

)

bezogen werden kann.

Die Tagung wurde gemeinsam von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin sowie Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V. organisiert und fand im Kontext des Modellprojekts „Informations- und Integrationsmanagement für neu zugewanderte Roma aus Bulgarien und Rumänien in Berlin“ (IMA) statt. Minor untersuchte von November 2014 bis Dezember 2015, wie die Einbeziehung von neuzugewanderten Roma in Berlin weiter verbessert werden kann. Ziel des Projektes war es, angesichts des neuartigen Profils dieser Migration und der Einbeziehungsschwierigkeiten für diese Neueinwandernden, Methoden und Modelle für den Umgang mit den veränderten Informations- und Integrationsbedürfnissen zu identifizieren.

IMA wurde aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Berlin unterstützt und ist ein Beitrag zum Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma. Mit diesem Aktionsplan hat die Senatsverwaltung den in Deutschland ersten Aktionsplan dieser Art federführend entwickelt und umgesetzt. Das Ziel des Aktionsplans ist, die Lage der ausländischen Roma und ihrer Familien in Berlin zu verbessern.

BERLIN BRAUCHT DICH! NEUE AUSGABE DES NEWSLETTERS ERSCHIENEN

Im Februar diesen Jahres fanden zwei für Berlin braucht dich! zentrale Veranstaltungen statt: Das Treffen der Geschäftsleitungen der öffentlichen Unternehmen zum Thema „Ankommen in der Ausbildung“, zu dem die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, eingeladen hatte, und die Auftaktveranstaltung „Berufsorientierung in Willkommensklassen“ beim Berliner Integrationsbeauftragten, Andreas Germershausen, die sich insbesondere an Vertreter/innen der Berlin braucht dich!-Schulen richtete.

Beide Treffen markieren den Beginn einer neuen Arbeitsphase von Berlin braucht dich! mit neuen Aufgaben und Zielformulierungen: Die Unternehmen mit öf-

fentlicher Beteiligung setzten sich verstärkt mit der Frage des Abkommens in der betrieblichen Ausbildung für Jugendliche aus Familien mit Einwanderungsgeschichte auseinander.

Zwar sind viele Betriebe auf einem guten Weg: 2015 erreichte der Anteil neu eingestellter Auszubildender mit Migrationshintergrund mit 23,8 % einen neuen Höchststand. Andererseits sind die Übergänge der Schulabgänger/innen aus Berlin braucht dich!-Schulen in Ausbildung sehr gering. Angesichts der Risikolagen, die sich in diesen Schulen addieren und kumulieren, ist dies nicht verwunderlich. Um aber hier nicht stehen zu bleiben und den Anteil der Übergänge in Ausbildung weiter zu erhöhen, werden zur Zeit vielfältige Lösungsansätze beraten, z.B. die kritische Überprüfung der Einstellungsverfahren und die Aufwertung erfolgreicher Praktika als Eintrittskarte in die Ausbildung. Gleichzeitig soll Schülerinnen und Schülern aus Willkommensklassen frühzeitig der Weg in die Duale Ausbildung aufgezeigt werden. Hierbei werden Betriebsbegegnungen und Praktika auch im Rahmen von Berlin braucht dich! eine wichtige Rolle spielen. Lesen Sie die ausführlichen Berichte zu beiden Veranstaltungen im Newsletter.

Ein weiterer Beitrag zum Newsletters kommt von Ruth Meding, die in dem BQN Arbeitspapier 1/2016 der Frage nachgeht, wie ein junger Mensch unter dem Eindruck von Diskriminierung und Chancenungleichheit Zukunftsperspektiven entwickelt.

Internet:

<http://www.berlin-braucht-dich.de/ueber-bbd/newsletter/>



DAS LANDESRAHMENPROGRAMM INTEGRATIONSLOTSINNEN UND INTEGRATIONSLOTSSEN

Integrationslotsinnen in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf

Von Maren Jess

Seit 2008 setzt das Diakonische Werk Steglitz und Teltow-Zehlendorf e.V. die Idee der Stadtteilmütter in den Bezirken Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf um. Ausgerüstet mit einer umfangreichen Schulung, gewonnenem Selbstvertrauen und mit dem roten Schal als Erkennungszeichen wurden die Stadtteilmütter zu wichtigen Ansprechpartnerinnen für Migrantenfamilien, vor allem zu Themen der Erziehung, Gesundheit und Bildung.

Über das Landesrahmenprogramm konnten viele der bisher in MAE-Maßnahmen der Jobcenter beschäftigten Stadtteilmütter eine sozialversicherungspflichtige Anstellung als Integrationslotsinnen beim Diakonischen Werk erlangen. Unterstützt von Projektkoordinatorinnen sind in Charlottenburg-Wilmersdorf heute 13 und in Steglitz-Zehlendorf sechs Lotsinnen tätig. Sie stammen aus Jordanien, Syrien, Äthiopien, der Türkei, dem Iran, Irak, dem Libanon oder Albanien und sprechen Arabisch, Türkisch, Kurdisch, Persisch, Amharisch, Oromiffa, Englisch, Französisch und Albanisch.

„Die gemeinsame Sprache macht es uns leichter, Vertrauen zu gewinnen“ sagt die Lotsin Hanim Krimmling und „wir wissen, wie es ist, sich in einem fremden Land zurechtfinden zu müssen.“ Vor Ort, im Familienzentrum sowie durch die Vermittlung vom Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD), von Kitas und Schulen lernen die Lotsinnen Migrantenfamilien kennen. Oftmals werden sie in einer konkreten Problemstellung oder mit einem Auftrag tätig. Beispielsweise vermitteln sie, sprachlich in Elterngesprächen, helfen bei der Suche nach einem Kita-Platz, begleiten zu Ämtern oder Beratungsstellen. Mit Vertrauen und Respekt gelingt es den Lotsinnen dann auch, die Familien für Erziehungsfragen oder Themen, wie gesunde Ernährung oder Verhütung zu sensibilisieren.

Mit den vielen neuzugewanderten Menschen in den Bezirken hat sich die Arbeit der Lotsinnen verändert. In Not- und Gemeinschaftsunterkünften bieten die Lotsinnen regelmäßig Sprechstunden an. Der KJGD führt seine Besuche in den Unterkünften und Hostels gemeinsam mit den Lotsinnen durch. Die Willkommensklassen und Kitas benötigen Sprachmittlung für Elterngespräche und Elternabende. Immer mehr geflüchtete Menschen kommen mit ihren Briefen ins Büro. In beiden Bezirken unterstützen die Lotsinnen die Arbeit der Jobcenter mit geflüchteten Menschen durch Sprachmittlung in regelmäßigen Sprechstunden.

„Meine Tätigkeit ist so vielfältig und betrifft alle Bereiche des Lebens“ sagt Karima Houdaibi. „Für die Kinder kümmere ich mich um einen Kitaplatz, den Kitagutschein, die Vorsorgeuntersuchungen, die Impfungen, stelle Kontakte zu Ärzten oder zum Sozialpädiatrischen Zentrum her. Die Eltern begleite ich zur Anmeldung zu Deutschkursen, die Frauen in Fragen von Schwangerschaft und Verhütung zum Familienplanungszentrum. Wir besprechen ihre Möglichkeiten von Ausbildung, Studium oder Arbeit.“

Karima Houdaibi erzählt: „Ich lebe seit 20 Jahren in Deutschland. Für mich hat es lange gedauert, in Deutschland anzukommen. Mein Mann hat gearbeitet, ich war mit den Kindern zu Hause. Die Integration war schwer für mich. Ich hätte gern eine Lotsin gehabt, die mir den Weg zeigt. Nun unterstütze ich andere, damit ihr Weg nicht so lange dauern muss.“

Einmal wöchentlich treffen sich alle Lotsinnen mit der Koordinatorin zum Teamtag, um sich über die Arbeit

auszutauschen. „Abschalten ist schwer, das schaffe ich manchmal nicht.“ sagt Karima Houdaibi. Die hautnahen Berichte von Kriegsgeschehen und Fluchterlebnissen, aber auch die eigenen Sorgen um Familienangehörige in den Heimatländern belasten die Lotsinnen. „Auch eine gute Distanz zu den Ratsuchenden zu halten ist schwer, denn viele Flüchtlingsfamilien bauen in der gemeinsamen Zeit eine enge Bindung zu mir auf“. Deshalb ist die Begleitung der Lotsinnen durch unsere Koordinatorinnen so wichtig. Sie geben Anleitung, vermitteln notwendiges Wissen und übernehmen die sozialpädagogische Beratung für Migrantenfamilien in schwierigen Situationen.

Befragt nach ihren Wünschen für die Zukunft antwortet Karima Houdaibi: „dass es weitergeht mit unserer Arbeit“, denn sie sieht einen großen Bedarf an Integrationslotsinnen. „Die Integration geflüchteter Menschen hat erst angefangen. Wenn sie im Jobcenter-Bezug sind oder eine eigene Wohnung gefunden haben, ist der erste Schritt geschafft, aber viele weitere Fragen und Probleme stehen vor ihnen.“

Die Erfahrungen der Lotsinnen wachsen mit jedem Tag und sind wertvoll für viele Menschen in dieser Stadt.

 <p>Diakonisches Werk Steglitz und Teltow-Zehlendorf e.V.</p> <p>INTEGRATIONSLOTSINNEN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF STEGLITZ-ZEHLENDORF</p>
<p>Diakonisches Werk Steglitz und Teltow-Zehlendorf e.V. Integrationslotsinnen in Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf</p>
<p>Telefon: (030) 31507129 (Charlottenburg-Wilmersdorf) (030) 7719295 (Steglitz-Zehlendorf)</p>
<p>Beratungssprachen: Arabisch, Türkisch, Kurdisch, Persisch, Englisch, Französisch, Amharisch, Oromiffa, Albanisch</p>
<p>Kontaktadressen: Integrationslotsinnen in Charlottenburg-Wilmersdorf Hardenbergstraße 9A, 10623 Berlin</p> <p>Integrationslotsinnen in Steglitz-Zehlendorf Johanna-Stegen-Straße 8, 12167 Berlin</p>
<p>Internet: http://www.dwstz.de/projekte_integrationslotsinnen.html</p>

Kontakt zum Landesrahmenprogramm

Kai Leptien
Landesrahmenprogramm
Integrationslotsinnen und Integrationslotsen
Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen

Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Telefon: (030) 9017 2345
Fax: (030) 9017 2320

E-Mail: Kai.Leptien@intmig.berlin.de

Internet:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/lotsen/index.html>

**IQ LANDESNETZWERK
BERLIN**



Angebote des IQ Landesnetzwerks zur nachhaltigen Teilhabe von Geflüchteten am Arbeitsmarkt

Seit 2013 unterstützt das IQ Landesnetzwerk (LNW) Berlin als Teil des bundesweiten Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung“ Berlinerinnen und Berliner mit Migrationsgeschichte bei ihrer Integration in den qualifizierten Arbeitsmarkt.

Die Arbeitsschwerpunkte liegen dabei auf der **Anerkennungsberatung** zu ausländischen Berufsabschlüssen, auf **Qualifizierungsangeboten** im Kontext der Anerkennungsgesetze und der **interkulturellen Kompetenzentwicklung** bei Arbeitsmarktakteuren.

Für Neuzugewanderte mit Fluchterfahrung hat das IQLNW Berlin spezielle Angebote entwickelt.

Beraten

Um die Beratungsanfragen zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch Geflüchtete auffangen zu können, verstärkt das IQ LNW Berlin die **arabischsprachige Beratung** durch zusätzliche Berater in zwei Beratungsstellen, nämlich beim Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg e.V. und bei der Otto Benecke Stiftung e.V.

Zudem hält das IQ LNW Berlin ein Schulungsangebot zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Berliner Integrationslandschaft bereit. So können den Ratsuchenden Erstinformationen zur Anerkennung durch beispielsweise Betreuerinnen und Betreuer sowie Bildungsberaterinnen und Bildungsberater vermittelt werden. Für die Fachberatung stehen wie gewohnt die Anerkennungsberatungsstellen des IQ LNW Berlin zur Verfügung.

Qualifizieren

Beim Erlernen der deutschen Sprache – dem ersten und wichtigsten Schritt in Richtung Arbeitsmarkt – unterstützt das IQ LNW Berlin geflüchtete Menschen gezielt durch eine **modulare Sprachbegleitung in den Sprachenniveaus A1 bis C1**. Das Besondere an der durch die WIPA GmbH umgesetzte „Sprachwerkstatt“ ist, dass der Sprachunterricht begleitend zu einer (angestrebten) Bildungsmaßnahme angeboten wird. Die fachlichen Sprachinhalte werden dabei u.a. in Kooperation mit Berliner Unternehmen erarbeitet. Es handelt sich somit um eine integrierte Sprachförderung als Begleitung zu Qualifizierungsmaßnahmen wie etwa Kompetenzfeststellungsverfahren. Anders als andere IQ Sprachqualifizierungen ist dieses Angebot unabhängig von einem gestellten Antrag auf Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Öffnen

Bereits im vergangenen Jahr hat das IQ LNW Berlin das **Schulungsangebot der Interkulturellen Trainings um den Schwerpunkt Flucht und Asyl erweitert** und hält für das Jahr 2016 rund 500 Schulungsplätze für Mitarbeitende der Berliner Arbeitsagenturen und Jobcenter bereit. Der Netzwerkpartner Stiftung SPI schult dabei nach bundeseinheitlichem Konzept zur Grundsensibilisierung in interkultureller Kompetenz. In Kombination schult das Berliner Bleiberechtsnetzwerk bridge als Teil des Bundesprogramms „Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen“ zu rechtlichen Grundlagen.

Mit dem Projektvorhaben „Eine Frage der Einstellung“ reagiert das IQ LNW Berlin auf Herausforderungen auf Seiten der Berliner Unternehmen. Geht es nämlich um die Personalakquise und Einstellung von Geflüchteten fehlt es Unternehmen u. a. an Kenntnissen zu den mitgebrachten Qualifikationen und primär an Kontakt zu den Menschen. Durch **Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die Unternehmen und Geflüchtete zusammenbringen**, soll die persönliche Kontaktaufnahme befördert und praktische Hilfestellung bei der Einstellung bzw. Bewerbung gegeben werden. Mit dem sog. „Job Tasting“ werden in Kooperation mit den Unternehmen realitätsnahe Simulationen für die Veranstaltungen entwickelt, um Geflüchteten die Möglichkeit zu geben, ihre Talente zu zeigen.

Neben den genannten Arbeitsmarktakteuren sind an der Gestaltung der Integrationsarbeit in Berlin in hohem Maße Migrantinnenorganisationen (MO) beteiligt. Das IQ LNW Berlin möchte **MO gezielt in ihrer unentbehrlichen Arbeit mit Geflüchteten unterstützen** und bietet mit dem Teilprojektpartner VIA e.V. Schulungs- und Beratungsangebote wie beispielsweise zum Thema „Arbeitsmarktzugang und -förderung für Geflüchtete“ bereit. Übergeordnet steht hier das Ziel im Vordergrund, MO als Arbeitsmarktakteure zu stärken.

Sie haben Fragen zu den Angeboten für Geflüchtete? Kontaktieren Sie uns:

Kontakt zum IQ Landesnetzwerk Berlin

Sima Fazlali Serkani, Landesnetzwerk Berlin

Büro des Beauftragten des Senats
für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017 2373

E-Mail: Sima.Fazlali@intmig.berlin.de
Internet: <http://www.berlin.netzwerk-iq.de>

EU-PROGRAMM „FÜR ROMA, MIT ROMA“

Im Rahmen dieses Programms wurden im September 2015 mit Unterstützung der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission zehn Städtepartnerschaften zwischen 20 Kommunen aus elf EU-Mitgliedstaaten eingerichtet. Das Programm dient zur gezielten Kommunikation und dem Austausch von Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Roma bei der Projektumsetzung vor Ort.

Berlin ist gebeten worden, eine Städtepartnerschaft mit dem rumänischen Kreis Bistrita-Nasaud einzugehen. Beim Auftakttreffen des Programms in Bukarest verständigten sich die Partner auf das Themenfeld Bildungs- und Jugendarbeit. Im Laufe des Jahres wird das Projekt in den jeweiligen Städten umgesetzt.

Schwerpunkt des Programms sind die Projektbesuche im jeweiligen Partnerland. Vom 9-10. März 2016 begrüßte die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - Abteilung III - die rumänische Delegation.

Besucht wurden die Hans-Fallada-Schule in Neukölln, die aus einer Grundschule und einem Sonderpädagogischen Förderzentrum besteht. Das entdeckende Forschen und Lernen wird dort insbesondere in der Lernwerkstatt eXplorarium in allen Klassenstufen gefördert. Auf besonderes Interesse stießen das Aufgabenfeld der Schul-Sozialarbeiter mit den Arbeitsschwerpunkten Prävention, Integration und Mediation sowie der Unterricht in den Klassen des jahrgangsübergreifenden Lernens. Der Schulleiter berichtete über die Sommerschulen insbesondere auch für Roma-Kinder, die regelmäßig durchgeführten Elterntreffs und die Herausforderungen für Lehrer und Erzieher einer Schule, deren Schülerschaft überwiegend aus Kindern mit Migrationshintergrund besteht.

Gegenüber der Schule liegt das Arnold-Fortuin Haus – eine ehemalige Problemimmobilie - in der Harzer Stra-

ße, in dem u.a. 90 Roma-Familien leben. Es gilt europaweit als ein Leuchtturm-Projekt für die Einbeziehung von Roma. Die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mbH (seit 2011 Eigentümerin des acht Häuser umfassenden Wohnkomplexes) berichtete über die Entstehung des Projekts. Der Verein Phinove informierte über ihre Projektarbeit im Rahmen des Berliner Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma. Der Träger ist ein Ansprechpartner für Familien im Arnold-Fortuin-Haus und wurde mit der Betreuung von Familien in den vorübergehenden Unterkünften von Familien mit Kindern (Notels) beauftragt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Aktionsplans liegt in der Arbeit der Mobilen Anlaufstellen. Hierzu wurde der Verein Amaro Foro, eine transkulturelle Jugendselfstorganisation von Roma und Nicht-Roma e in seinen Beratungsräumen in Charlottenburg besucht. Der Verein berichtete über seine Tätigkeit, die in der Erstberatung zu Fragen des Aufenthalts, der Vermittlungsberatung zu den Angeboten der Regeldienste sowie in der Sensibilisierung und Aufklärung der lokalen Öffentlichkeit für die Probleme der ankommenden Roma-Familien besteht. Auch die Arbeit des Vereins im Bereich der Community Building und die vom Träger aufgestellten Programme für Kinder und Jugendliche stießen auf großes Interesse.

Mit dem Besuch des im Oktober 2012 eingeweihten Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas endete der Besuch. Ein Gegenbesuch ist für Juni 2016 geplant.

Ein Informationsbrief über das Programm „für Roma, mit Roma“ kann unter folgendem Link abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/justice/discrimination/media/pdf/new_sletter_en.pdf

**Senatorin Dilek Kolat
zum Internationalen Frauentag:
„BERLIN HILFT GEFLÜCHTETEN
UND GEWALTBETROFFENEN FRAUEN!“**

Zum Internationalen Frauentag am 8. März erklärt Berlins Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat: „Morgen begehen wir zum 106. Mal den Internationalen Frauentag. Geflüchtete Frauen sind besonders vom Gewalt betroffen. Daher brauchen sie auch besondere Unterkünfte. Es ist gut, dass wir in Berlin ab dieser Woche eine Unterkunft ausschließlich für alleinstehende geflüchtete Frauen haben. Darüber hinaus gibt es Plätze für alleinstehende Frauen in Notunterunterkünften gemeinsam mit Familien. Dort wird bei der Belegung darauf geachtet, dass ihren besonderen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung getragen wird. In den Unterkünften für geflüchtete Frauen werden Notplätze für akute Fälle vorgehalten werden.“

Kolat weiter: „Hilfe für gewaltbetroffene Frauen gibt es nicht zum Nulltarif, aber das Geld ist gut angelegt. Im Doppelhaushalt 2016/17 haben wir durchgesetzt, dass die Mittel für Anti-Gewaltarbeit von 6,8 auf 7,6 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt wurden. Mittlerweile hat Berlin ein breit gefächertes Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen. Diese Angebote wie zum Beispiel die BIG Hotline oder das Projekt LARA stehen allen Frauen, auch den geflüchteten zur Verfügung. Die Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte wurden von uns über diese Angebote informiert, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden geschult.“

Insgesamt gibt es derzeit in Berlin 326 Plätze in Frauenhäusern, 40 Zufluchtwohnungen. Die 22 neuen Wohnungen der zweiten Stufe für Frauen, die aus Frauenhäusern ausziehen wollen, aber weiter Begleitung brauchen, werden die Frauenhäuser stark entlasten.“

Kolat abschließend: „Berlin, die Stadt der Frauen, tut viel um Frauen zu helfen, die Opfer von Gewalt wurden. Mir ist aber auch klar, dass es nie genug sein kann. Deshalb werde ich weiter dafür kämpfen, dieses Hilfesystem weiter zu stärken und auszubauen.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Telefon: (030) 9028-2743

[PM SenArbIntFrau v. 07.03.2016]

**BERLINER FRAUENPREIS 2016
AN GABRIELE HEINEMANN VERLIEHEN**

Gabrielle Heinemann ist Trägerin des Berliner Frauenpreises 2016. Seit 1987 werden mit dieser Auszeichnung Frauen geehrt, die sich mit besonderem Engagement für Frauen und Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzen. Berlins Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat dankt der Frauenpreisträgerin für ihre Arbeit:

„Gabrielle Heinemann arbeitet seit mehr als 30 Jahren in Nord-Neukölln mit Mädchen und jungen Frauen unterschiedlicher kultureller Herkunft. Sie hat den Verein „MaDonna Mädchenkult.Ur e.V.“, Träger von zwei Mädchentreffs in Nord-Neukölln, mitgegründet. Das Mädchencafé „Schilleria“ und der Mädchentreff „MaDonna“ geben muslimischen Mädchen und jungen Frauen aus Migrantenfamilien den Raum, ihre eigenen Perspektiven außerhalb traditioneller Lebensplanung zu entwickeln. Gabrielle Heinemann engagiert sich dafür seit Jahrzehnten. Interkulturell und kreativ, standfest, chaosresistent und mit Spaß dabei – das zeichnet ihre Arbeit mitten im Kiez aus.“

Früh- und Zwangsverheiratung sind leider immer noch an der Tagesordnung. Junge Frauen und Mädchen schaffen es zumeist nur mit Hilfe, sich von diesem Zwang zu befreien. Deshalb ist es so wichtig, dass sich Frauen wie unsere Preisträgerin Gabrielle Heinemann engagieren. Sie ist Vorbild und steht stellvertretend für

viele Frauen in Berlin, die gegen sexuelle, häusliche und familiäre Gewalt, insbesondere auch gegen Gewalt im Namen der Ehre, kämpfen.

Ich danke Gabriele Heinemann, denn ich will, dass jede Frau, ganz gleich welcher Religion oder mit welchem kulturellen Hintergrund, frei entscheiden kann, wie sie leben möchte. Unterdrückung und Gewalt nehmen wir nicht hin. Gabriele Heinemanns Engagement hat unsere Stadt in der Gleichstellung voran gebracht. Berlin kann stolz sein auf seine Frauenpreisträgerin.“

Der Preis ist mit 3.000 Euro und einer Skulptur der Bühnenplastikerin Esther Janshen dotiert. Informationen zum Wirken der Preisträgerin und zum Projekt finden Sie unter <http://www.madonnaedchenpower.de/>
Rückfragen: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Telefon: (030) 9028-2743

[PM SenArbIntFrau v. 08.03.2016]

SENATORIN DILEK KOLAT ZUR REACHOUT – STATISTIK ÜBER RECHTSEXTREME GEWALT

Die von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen finanzierte Opferberatungsstelle ReachOut hat in Ihrer Statistik zum Jahr 2015 insgesamt 320 rechts und/oder rechtsextrem motivierte Angriffe auf Angehörige von Minderheiten und politische Gegnerinnen und Gegner in Berlin verzeichnet. Dies bedeutet einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um fast 80%. Besorgniserregend sind dabei die zahlreichen Angriffe auf geflüchtete Menschen und ihre Unterkünfte. Auch Kinder sind unter den Betroffenen.

Dazu erklärt Integrationsministerin Dilek Kolat: „Die Ächtung von Gewalt, Hass und Menschenverachtung ist eine Grundbedingung für eine funktionierende Demokratie. Der Berliner Senat steht für Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt. Deswegen werden wir laufenden Doppelhaushalt 2016/17 die finanzielle Unterstützung für die Opferberatung ReachOut weiter ausbauen. Wir lassen nicht zu, dass Rassismus und Ausgrenzung das gesellschaftliche Klima bestimmen.“

Kolat betont: „Die Zahlen der zivilgesellschaftlichen Dokumentationsstellen stehen nicht in Konkurrenz zu den Zahlen der Berliner Polizei, sondern ergänzen diese und sind ein Beitrag zur Ausleuchtung des Dunkelfeldes rechtsmotivierter Gewalt. Es ist mir wichtig, das Ausmaß von rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Berlin klar zu benennen. Denn eine schonungslose Problembenennung ist Ausgangspunkt für die Prävention.“

Der Berliner Senat fördert im Rahmen seines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus das Opferberatungsprojekt ReachOut, die Berliner Registerstellen und Dokumentationsstellen zu antisemitischen und antiziganistischen Vorfällen (Projekt „RIAS“ des VDK e.V. und Amaro Foro e.V.). Im aktuellen Doppelhaushalt wurden diese Mittel nochmals

erhöht. Insgesamt stehen für diese Arbeit im laufenden Jahr mehr als 800.000 Euro zur Verfügung.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Telefon: (030) 9028-2743

[PM SenArbIntFrau v. 08.03.2016]

SENATORIN DILEK KOLAT ZUR ERÖFFNUNG DER ERSTEN BERLINER UNTERKUNFT FÜR ALLEINSTEHENDE, GEFLÜCHTETE FRAUEN

Zur Eröffnung der ersten Berliner Unterkunft für alleinstehende, geflüchtete Frauen erklärt Berlins Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat:

„Auch in den Flüchtlingsunterkünften sind Frauen von Gewalt betroffen. Wir sind ihnen daher besonderen Schutz schuldig. Neben vielen Maßnahmen, die in den Unterkünften greifen sollen, ist es mir auch wichtig, dass es besondere Unterkünfte nur für Frauen mit ihren Kindern gibt. Es ist gut, dass wir jetzt eine Unterkunft haben, die ausschließlich für alleinstehende geflüchtete Frauen bereitsteht.“

Diese eine Unterkunft genügt natürlich noch nicht. Auch das Rathaus Friedenau, in dem zur Zeit noch alleinstehende Frauen gemeinsam mit Familien untergebracht sind, ist als besondere Unterkunft für Frauen vorgesehen. Mittelfristig wollen wir eine weitere Unterkunft einrichten. In den besonderen Unterkünften für geflüchtete Frauen werden Notplätze für akute Fälle vorgehalten werden.

In gemischten Unterkünften werden Vorkehrungen getroffen, um die besondere Situation von geflüchteten Frauen insbesondere unter dem Aspekt des Gewaltschutzes zu verbessern. Dazu gehören neben der Schulung des Unterkunftspersonals zum Beispiel auch getrennte und abschließbare Sanitäranlagen, abschließbare Räume und gute Beleuchtung von Fluren und Wegen. Allein reisende Frauen sollten möglichst getrennt von allein reisenden Männern untergebracht werden und eigene Rückzugs- und Aufenthaltsräume bekommen. Wir haben dazu verbindliche Standards und Musterverträge erarbeitet, die jetzt umgesetzt werden.

Das Berliner Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen steht auch Geflüchteten offen. Dazu gehören insbesondere die BIG Hotline oder das Projekt LARA. Die Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte wurden von uns über diese Angebote informiert, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden geschult.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Telefon: (030) 9028-2743

[PM SenArbIntFrau v. 11.03.2016]

SENATORIN KOLAT EHRT PERCY MAC LEAN MIT BUNDESVERDIENSTORDEN

Die Berliner Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, überreicht heute dem Menschenrechtler Percy Mac Lean für sein jahrzehntelanges Engagement für Menschenrechte und dem Einsatz und der Hilfe für politische Flüchtlinge das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Die Verleihung erfolgt im Auftrag des Bundespräsidenten Joachim Gauck.

Percy Mac Lean ist seit Mitte der 70er Jahre beruflich und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit tätig. Bereits als Student waren er aktiv in europäischen und internationalen Arbeitskreisen für Völkerverständigung. Er war Mitbegründer der Flüchtlingsarbeit von Amnesty International in Deutschland. Von seinem Amt als Vorsitzender Richter des Verwaltungsgerichtes Berlin ließ er sich im Jahre 2002 beurlauben, um als Gründungsdirektor das Deutsche Institut für Menschenrechte aufzubauen. Für dieses Engagement ist Percy Mac Lean 2004 auch mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille ausgezeichnet worden.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Telefon: (030) 9028-2743

[PM SenArbIntFrau v. 21.03.2016]

Dilek Kolat:

„ROBUSTER ARBEITSMARKT KANN GEFLÜCHTETE AUFNEHMEN

Dialog zum Masterplan für Integration startet mit Sozial- und Wirtschaftspartnern“

Die Arbeitslosigkeit in Berlin geht im Zuge des robusten Wirtschaftswachstums in Berlin weiter zurück. Im März 2016 waren 190.467 Berlinerinnen und Berliner arbeitslos gemeldet. Das sind 11.786 weniger als im März 2015. Die Arbeitslosenquote liegt mit 10,4 Prozent um 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresmonat. Auch im Vergleich zum Vormonat zeigt sich der Aufwärtstrend: Im Februar dieses Jahres waren noch 193.701 Menschen und damit 3.234 mehr arbeitslos gemeldet. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit sinkt im Jahresvergleich – von 63.406 im März 2015 auf 61.554 in diesem Monat.

„Das ist ein gutes Zeichen, dass der Berliner Arbeitsmarkt auch für niedrig Qualifizierte aufnahmefähig ist“ so Arbeitssenatorin Dilek Kolat.

Im vergangenen Jahr lag Berlin mit einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent und mehr als 50.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen an der Spitze im Ländervergleich. Dieser Trend hält auch in diesem Jahr an. Der Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen liegt mit 4,4 Prozent erneut deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 2,4 Prozent. Im Januar 2016 waren 1.340.900 Menschen sozi-

alversicherungspflichtig beschäftigt, 56.900 mehr als im Januar des Vorjahres.

Senatorin Kolat: „Das robuste Jobwachstum in Berlin findet fast ausschließlich im Dienstleistungssektor statt. Das macht mich auch zuversichtlich, was die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten angeht. Denn in Berlin kommen zwei Dinge zusammen: Die neu entstehenden Jobs bieten Geflüchteten auch mit niedriger Qualifikation eine Einstiegchance und die Bereitschaft der Wirtschaft, sich dafür zu engagieren, ist sehr hoch. Der vorliegende Entwurf des Masterplans für Integration umreißt die Rahmenbedingungen dieser großen Aufgabe. In den kommenden Tagen und Wochen werde ich den Masterplan mit den Sozialpartnern, den Kamern und Arbeitgeberverbänden, der Arbeitsagentur und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge diskutieren und freue mich auf deren Kommentare und Ergänzungen.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Telefon: (030) 9028-2743

[PM SenArbIntFrau v. 31.03.2016]

„VERBRAUCHERSCHUTZ IST MACHT. WALLAH!“

Verbraucheraufklärung mal anders: Humorvolle Videospots weisen Menschen mit Migrationshintergrund auf ihre Verbraucherrechte hin

Aufgrund sprachlicher Unsicherheiten oder wegen geringer Rechtskenntnisse sind Verbrauchern mit Migrationshintergrund ihre Verbraucherrechte nicht immer bewusst. Das hält unseriöse Anbieter aber nicht davon ab, sie bei Telekommunikationsverträgen oder Onlinegeschäften abzuzocken.

„Im Laufe des Projektes „Migranten und Verbraucherschutz in digitalen Märkten“ haben wir festgestellt, dass viele Migranten die Verbraucherzentrale nicht kennen oder sich nicht trauen, unsere Beratungen in Anspruch zu nehmen“, erklärt Eva Bell, Vorstand der Verbraucherzentrale Berlin. Um diese Schwelle zu überwinden, entwickelten die Verbraucherzentralen Berlin, Hamburg und Bremen gemeinsam mit der Berliner Comedienne Idil Baydar unterhaltsame Videospots, abrufbar unter <https://www.verbraucherzentrale-berlin.de/videos-mig>, über Jilet Ayse. Die Türken-Diva wird von einem Telekommunikationsunternehmen abgezockt, doch anstatt die zu hohe Rechnung sofort zu bezahlen, lässt sie sich in der Verbraucherzentrale beraten.

„Die Kunstfigur Jilet Ayşe ist in Migrantengemeinschaften inzwischen sehr bekannt. Mit ihr möchten wir Verbraucher mit Migrationshintergrund auf humorvolle Weise darauf aufmerksam machen, dass sie sich mit ihren Verbraucherproblemen jederzeit an unsere Berater wenden können“, sagt Bell. Neben dem umfangreichen Beratungsangebot in deutscher Sprache bietet die Verbraucherzentrale Berlin auch türkischsprachigen Ver-

brauchern muttersprachliche Beratungen an. Viele Informationen zu Telekommunikationsverträgen, Datenschutz und Widerrufsrecht stehen online in mehreren Sprachen zur Verfügung.

Jilet Ayse alias Idil Baydar tritt vom 31. März bis zum 3. April 2016 um 20:00 Uhr in der „Bar jeder Vernunft“ auf. Ihr Programm „Deutschland, wir müssen reden!“ ist wie ihre Figuren: redegewandt, prollig und scharfsinnig.

Die Videospots wurden im Rahmen des Projektes „Migranten und Verbraucherschutz in digitalen Märkten“ durchgeführt. Das Projekt wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) gefördert und von der Verbraucherzentrale Berlin in Kooperation mit den Verbraucherzentralen Hamburg und Bremen durchgeführt. Ziel des Projektes ist es, türkisch- und russischsprachige Konsumenten über Verbraucherrechte, Markt- und Beratungsangebote in digitalen Märkten aufzuklären.

Kontakt

Verbraucherzentrale Berlin e.V.
Hardenbergplatz 2
10623 Berlin

Tel.: (030) 21 485-0
Fax: (030) 211 72 01

E-Mail: mail@verbraucherzentrale-berlin.de
Internet: <http://www.vz-blm.de>

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 02.03.2016, 09:31 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

ZUKUNFT

DER BERLINER ENGAGEMENTLANDSCHAFT- Bürgerinnen und Bürger mischen sich ein

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Interessierte Berlinerinnen und Berliner können sich ab sofort noch stärker an der Gestaltung der Berliner Engagementlandschaft beteiligen. Seit gestern haben sie die Möglichkeit, im Onlineportal

<http://www.mein.berlin.de>

ihre Ideen und Vorstellungen zur „Zukunft der Berliner Engagementlandschaft“ einzubringen. Für die Beauftragte des Berliner Senats für Bürgerchaftliches Engagement, Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, ist der Start in diese neue Phase im Beteili-

gungsprozess zur Zukunft der Engagementlandschaft in Berlin ein wichtiger Schritt:

„Die Engagementlandschaft in Berlin ist so vielfältig und bunt wie unsere Stadt selbst. Mit vielen aktiven Bürgerinnen und Bürgern wollen wir nun der Frage nachgehen, wie wir künftig in dieser Vielfalt zusammen wirken wollen“, so Frau Hella Dunger-Löper.

Bereits im Herbst 2015 startete das Land Berlin gemeinsamen mit seinem Partner, dem unabhängigen Analyse- und Beratungshaus PHINEO, den umfangreichen Beteiligungsprozess in Sachen Engagement mit einem Workshop. Dabei diskutierten mehr als 50 Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und öffentlichen Institutionen im Roten Rathaus über Mittel und Wege, die Engagementlandschaft weiter auszubauen und sie gemeinsam zu gestalten.

Die dort entstandenen Thesen und Ideen sollen nun unter möglichst breiter Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und Organisationen aus den verschiedenen Sektoren des Engagements weiter diskutiert werden.

Die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses bilden eine Grundlage für kommende engagementpolitische Entscheidungen. Ziel des Dialogprozesses ist es außerdem, den Austausch und die Offenheit innerhalb der Berliner Engagementlandschaft zu fördern und damit eine gelebte Kultur des Miteinanders zu unterstützen.

„Diese gemeinsame Initiative ist der richtige Weg, das vielfältige Potenzial der Berliner Engagementlandschaft zu aktivieren und eine neue Dialogkultur in Berlin zu etablieren“, sagt Farhad Dilmaghani, Vorstandsbevollmächtigter der PHINEO gAG.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 03.03.2016, 11:22 Uhr
Senatsverwaltung für Finanzen

"SIWA II" mit Schwerpunkt auf Schulen, Kitas, Flüchtlingsunterkünften:

HAUPTAUSSCHUSS BILLIGT PROJEKTE IM VOLUMEN VON 193 MIO. EURO

Mit der zweiten Auflage des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) kann das Land Berlin weitere 193 Millionen Euro investieren. Die Mittel aus der zweiten Zuführung aus dem Haushaltsüberschuss des Jahres 2015 sollen schwerpunktmäßig für Investitionen für Schulen (70,3 Mio. Euro), für Unterkünfte für Geflüchtete (61,6 Mio. Euro) und insbesondere für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (20 Mio. Euro) verwendet werden.

Weitere 20,4 Millionen Euro sind für Investitionen in Kindertagesstätten bei den Kita-Eigenbetrieben des Landes und bei privaten Trägern vorgesehen, mit denen rund 2600 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden können.

Das sieht die Vorschlagsliste des Senats vor, die der Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses in seiner Sitzung am 2. März gebilligt hat.

Dazu erklärte Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen: "Diese zweite Auflage des Sondervermögens hilft uns dabei, wichtige Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur der wachsenden Stadt Berlin auf den Weg zu bringen. Dabei konzentrieren wir uns auch in diesem Jahr besonders auf Investitionen in die Bildung." Außerdem ermögliche SIWA, rasch zusätzliche Unterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen, ohne damit den laufenden Haushalt zu überfordern.

Weitere Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 20,7 Millionen Euro sind vorgesehen für die Bereiche Sport, Jugendeinrichtungen, Spielplätze und Grünanlagen, außerdem für den Bau von Aufzügen in den Bahnhöfen der BVG, für Investitionen bei der Polizei, für Digitalisierungsprojekte in Kultureinrichtungen sowie für die Erweiterung des Landschaftsfriedhofs Gatow, wo Bestattungen nach islamischem Ritus ermöglicht werden sollen.

Die Projektübersicht kann auf den Internetseiten der Senatsverwaltung für Finanzen unter folgendem Link abgerufen werden:

https://www.berlin.de/sen/finanzen/presse/pressemittelungen/belegung_siwa_ii_projektuebersicht.pdf

Rückfragen: Senatsverwaltung für Finanzen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: (030) 90 20 – 41 72/-73, Fax: (030) 90 20 – 2

Pressemitteilung vom 04.03.2016, 11:45 Uhr
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

ABGABETERMIN BEIM HAUPTSTADTKULTURFONDS FÜR 2017

Frist: **15.04.2016**

Der Kurator für den Hauptstadtkulturfonds, Dr. Joachim Sartorius, weist darauf hin, dass für eine Einzelprojektförderung aus dem „Hauptstadtkulturfonds“ für das Jahr 2017 Anträge bis zum 15. April 2016 gestellt werden können.

Aus dem Hauptstadtkulturfonds werden Einzelmaßnahmen und Veranstaltungen gefördert, die für die Bundeshauptstadt Berlin bedeutsam sind, nationale und internationale Ausstrahlung haben und besonders innovativ sind. Der Fonds soll durch die Förderung aktueller kultureller und künstlerischer Projekte dazu beitragen, von Berlin aus den überregionalen und internationalen kulturellen Dialog aufzunehmen und zu festigen.

Die Vergabe der Einzelprojektförderung erfolgt auf der Grundlage der Empfehlungen der „Jury für den Hauptstadtkulturfonds“ durch den „Gemeinsamen Ausschuss für den Hauptstadtkulturfonds“ unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Entscheidung zum Haushalt 2016 durch den Deutschen Bundestag und das Abgeordnetenhaus von Berlin.

Antragsteller/innen aus den Bereichen Theater und Tanz sollten zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits mindestens einmal eine öffentliche Förderung erhalten haben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Premiere der geförderten Projekte in Berlin stattfinden muss.

Der Hauptstadtkulturfonds ermöglicht eine Online-Bewerbung. Der Link zum Online-Formular sowie das Informationsblatt zur Ausschreibung können im Internet unter

https://formular.berlin.de/xima-forms-29/get/14503479390890000?mandantid=/META_EGO_KUEF_XIMA/000-01/instantiationTasks.properties

aufgerufen werden.

Antragsteller, die das Antragsformular per Hand ausfüllen möchten, wenden sich bitte an die Geschäftsstelle.

Es wird den Bewerberinnen und Bewerbern jedoch empfohlen, die Möglichkeit der Online-Bewerbung zu nutzen. Das ausgedruckte Antragsformular ist zu unterschreiben und mit allen Anlagen in vierfacher Ausfertigung einzureichen.

Weitere Informationen erhalten Sie bei:
Geschäftsstelle des Hauptstadtkulturfonds
Siegfried Langbehn
c/o Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten
Brunnenstraße 188 – 190
10119 Berlin

Telefon: (030) 90228 – 744
E-Mail: siegfried.langbehn@kultur.berlin.de

oder im Internet unter: <http://www.hauptstadtkulturfonds.berlin.de>

Rückfragen: Lars Banners, Telefon: (030) 90 228 203

Pressemitteilung vom 07.03.2016, 12:07 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Müller zum Internationalen Frauentag:

**WIR WOLLEN DIE SITUATION
 ALLEINERZIEHENDER FRAUEN VERBESSERN**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, erklärt zum Internationalen Frauentag am 8. März 2016:

„Die Gleichstellung von Männer und Frauen ist nicht nur heute, sondern an jedem der 365 Tage im Jahr erklärtes Ziel des Senats. Deshalb ist es am Internationalen Frauentag wichtig, daran zu erinnern, dass unsere Gesellschaft und auch die Wirtschaft insbesondere bei der Forderung ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ nach wie vor viel tun müssen.

Wir als Senat wollen die Bedingungen für gesellschaftliche und berufliche Gleichstellung verbessern. Besonders liegt mir dabei die Situation Alleinerziehender in Berlin am Herzen. Gerade in der ‚solidarischen Stadt‘ muss der Staat Sorge tragen, damit Alleinerziehende mit ihren Kindern eine sichere Existenzgrundlage haben. Nirgends in Deutschland ist ihr Anteil so hoch wie in Berlin. Die Mehrheit der Alleinerziehenden in Berlin sind Frauen, und sie haben das höchste Armutsrisiko in Deutschland. Deshalb stehen für den Senat konkrete Maßnahmen für Alleinerziehende ganz vorne. Das haben wir uns vorgenommen und daran arbeiten wir. Wir wollen die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote optimieren und die Berufsperspektiven Alleinerziehender verbessern. Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung sind dafür zum Beispiel Schlüsselvoraussetzungen. Alleinerziehen darf keine Armutsfalle sein.“

Weiter sagte Müller: „Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen bei der Integration vieler tausender Menschen, die in Berlin Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen. Von diesen Menschen fordern wir die Akzeptanz und Einhaltung unserer Rechts- und Wertordnung. Das gilt gerade auch bei der Gleichstellung der Frauen. Wir müssen das an jedem Tag vorleben und erwarten das auch von den Menschen, die hierher geflüchtet sind. Gleiche Rechte für Frauen gelten für alle Lebensbereiche in unserer Gesellschaft.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**Gemeinsame Sitzung des Senats von Berlin und
 Leitung des Erzbistums Berlin:**
**MÜLLER UND KOCH BETONEN SOZIALE
 VERANTWORTUNG IN WACHSENDE RSTADT**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin sowie die Pressestelle des Erzbistums Berlins erklären:

Der Senat von Berlin und das katholische Erzbistum Berlin wollen ihre Zusammenarbeit angesichts der Herausforderungen in einer wachsenden und vom wirtschaftlichen Aufschwung geprägten Stadt weiter ausbauen.

Schwerpunkt des Spitzengesprächs unter Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller, und des Erzbischofs Heiner Koch waren diesmal die Herausforderungen einer wachsenden Stadt im Sozial- und Bildungsbereich, sowie die Integration von Flüchtlingen, ohne dass diese zu Lasten anderer sozial schwacher Gruppen erfolgt.

Müller: „Die katholische Kirche leistet einen wichtigen Beitrag gerade auch für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt. Und wir wollen eine solidarische Stadt, die weltoffen und tolerant bleibt. Dazu gehört auch, dass bei der Vielzahl der in Berlin beheimateten Kulturen jedes religiöse Bekenntnis respektiert wird. Gemeinsam müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen und die Herausforderungen der wachsenden Stadt gemeinsam bewältigen können. Ich bedanke mich gleichzeitig für das ehrenamtliche Engagement vieler Katholikinnen und Katholiken bei der Betreuung von Flüchtlingen, insbesondere auch für die Arbeit der Caritas, des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend sowie der katholischen Schulen und ihrer Willkommensklassen.“

Koch: „Wenn Berlin wächst, wachsen auch wir als katholische Kirche. Wir wollen uns in diese Entwicklung einbringen, was die Integration und das Zusammenleben angeht, im Bereich Bildung, von der Kita bis zur Hochschule. Wir verstehen uns aber auch als Anwalt allerer, die fürchten müssen, in einer wachsenden Stadt keinen Platz mehr zu haben, die Armen, die mit geringen Bildungschancen, die in ihrer Not sich zu uns flüchten. Als katholische Kirche sind wir dankbar für die staatliche Unterstützung, die wir in unserem Tun erfahren, aber wir geben der Gesellschaft auch viel zurück an haupt- und ehrenamtlichem Engagement, von dem alle Menschen in dieser Stadt profitieren.“

Gegenstand des Gespräches waren ferner die bildungspolitischen Themen katholische Theologie an der Freien Universität Berlin, der Studiengang Soziale Gerontologie an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin sowie das Referendariat für das Fach Religion an der Grundschule. Erzbischof Koch erläuterte den Stand der Überlegungen zur St. Hedwigs-Kathedrale sowie die Bedeutung des von Papst Fran-

ziskus ausgerufenen Heiligen Jahrs der Barmherzigkeit für Berlin.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 08.03.2016, 13:05 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**GENEHMIGUNGSVERFAHREN FÜR DEN BAU
 VON FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTEIN IN
 MODULARER BAUWEISE KÜNFTIG
 SCHNELLER UND EINFACHER**

Aus der Sitzung des Senats am 8. März 2016:

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung auf Vorlage des Senators für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, – nach Stellungnahme durch den Rat der Bürgermeister – beschlossen, den Entwurf des Neunzehnten Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) beim Abgeordnetenhaus einzubringen. In erster Befassung hatte der Senat der Vorlage bereits am 12. Januar 2016 zugestimmt.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt künftig für die Baugenehmigungen der modularen Unterkünfte für Flüchtlinge zuständig ist. Die Gesetzesänderungen sollen vor allem die Baugenehmigungsverfahren für Flüchtlingsunterkünfte in modularer Bauweise vereinfachen und beschleunigen.

Unterkünfte in modularer Bauweise werden künftig nicht nur vom Land Berlin, sondern auch von der Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH, einer vom Land Berlin benannten Landesgesellschaft und landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gebaut. Durch die Bündelung der Verfahren und die alleinige Zuständigkeit der Obersten Bauaufsicht bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt werden die Verfahren verkürzt, die Bezirke entlastet und den bedürftigen Menschen schneller geholfen. Die bisherigen bauordnungsrechtlichen und planungsrechtlichen Genehmigungsverfahren in den Bezirken entfallen. Die einheitliche Verfahrensweise schafft Klarheit und vereinfacht das Antragsverfahren.

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Telefon: (030) 9025-1090

Pressemitteilung vom 11.03.2016, 11:10 Uhr
 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
**IBB WOHNUNGSMARKTBERICHT 2015
 VORGESTELLT**

Der IBB Wohnungsmarktbericht 2015 ist da. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz haben Dr. Jürgen Allerkamp, Vorsitzender des Vorstands der Investitionsbank Berlin (IBB), und Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel den Report gemeinsam vorgestellt.

Zum ersten Mal konnte die Entwicklung der Angebotsmieten über das Gesamtjahr 2015 abgebildet werden. Bei den bisherigen Wohnungsmarktberichten der IBB endete der jeweilige Beobachtungszeitraum aus analysetechnischen Gründen immer mit dem Ende des 3. Quartals des jeweiligen Jahres. Dem aktuellen Report zufolge lag die Medianmiete 2015 bei 8,80 EUR/m² – ein Anstieg um 6,7 % gegenüber dem Bericht 2014.

Auch im Eigenheimbereich weisen die Preise unverändert aufwärts. So erreichten die mittleren Kaufpreise für Eigenheime im 4. Quartal knapp 350.000 Euro (Vorjahreszeitraum 324.229 Euro). Lediglich die Angebotskaufpreise für Eigentumswohnungen konsolidierten sich. Sie lagen Ende 2015 im Schnitt bei 3.426 (Vorjahr 3.436) Euro/m².

Berlin wächst weiter – in wirtschaftlicher wie in demografischer Hinsicht. Auf dem Wohnungsmarkt wirkt sich in erster Linie das deutliche Bevölkerungs- und Haushaltswachstum aus. Vor allem aufgrund von Wanderungsgewinnen, insbesondere aus dem Ausland, ist die Stadt seit 2012 um rund 144.000 zusätzliche Einwohner und damit um die Größenordnung einer Großstadt wie Regensburg gewachsen. Ende des 1. Quartals 2015 (neuere offizielle Zahlen liegen noch nicht vor) lebten rund 3,6 Millionen Menschen in Berlin. Das waren in etwa so viele wie zuletzt 1996. Die Bevölkerungsverluste der Nachwendezeit sind inzwischen faktisch kompensiert. Dr. Jürgen Allerkamp, Vorsitzender des Vorstands der Investitionsbank Berlin: „Seit 2011 verzeichnen wir kontinuierlich steigende Zahlen bei den Baugenehmigungen und Baufertigstellungen. 2014 wurden 8.744 Wohnungen in Berlin fertiggestellt. Das ist in etwa das Niveau um die Jahrtausendwende – und ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um mehr als 30 %.“ Knapp 60 % aller fertiggestellten Wohnungen wurden dabei im Geschosswohnungsbau realisiert. Es ist davon auszugehen, dass sich der Aufwärtstrend der Fertigstellungen fortsetzt. Dafür spricht vor allem die weiter gewachsene Zahl der Baugenehmigungen von gut 19.000 im Jahr 2014 auf voraussichtlich rund 22.000 im Jahr 2015. Da der Wohnungsbau eines zeitlichen Vorlaufs von zwei bis drei Jahren bedarf und daher nur zeitversetzt auf zusätzliche Nachfrage reagieren kann, steht der steigenden Nachfrage ein langsamer wachsendes Angebot gegenüber. An der weiteren starken Zunahme der Bevölkerung besteht kein Zweifel. So geht die aktuelle Einwohnerprognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in der mittleren Variante von einem fortgesetzten Wachstum

der Stadt um insgesamt 266.000 Personen bis zum Jahr 2030 aus (+ 7,5 %). Hinzu kommt eine noch unbekannte Anzahl an Flüchtlingen, die perspektivisch in Berlin Wohnraum benötigen.

Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt: „Die Genehmigungszahlen im Wohnungsbau zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Allerdings reicht das nicht. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften liefern mittlerweile beachtliche Zahlen, vor allem im sozial geförderten Wohnungsbau. Hier wünsche ich mir ein noch stärkeres Engagement privater Bauherren. Wir haben die Förderkonditionen verbessert. Jetzt müssen sie nur noch in Anspruch genommen werden.“ Ein deutlicher Trendwechsel ergibt sich dem vorliegenden IBB Wohnungsmarktbericht zufolge im Wanderungsgeschehen mit dem Berliner Umland. Die Abwanderung aus Berlin dorthin nahm weiter zu und erreichte im Jahr 2014 den höchsten Wert seit 2005: Per Saldo sind rund 9.200 Menschen mehr ins Berliner Umland gezogen als umgekehrt. Auch in diesem Jahr greift der IBB Wohnungsmarktbericht wieder ein Schwerpunktthema auf. Dieses Mal steht das Thema der „Umnutzung“ von gewerblichen Immobilien in Wohnimmobilien im Mittelpunkt, das in Berlin in den letzten Jahren wieder verstärkt an Bedeutung gewonnen hat. Der gesamte Bericht sowie der dazugehörige Tabellenband steht im Internet unter der Adresse <http://www.ibb.de/wohnungsmarktbericht> als Download zur Verfügung.

Pressemitteilung vom 14.03.2016, 10:16 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Planspielreihe

**„NEXT LEVEL:
 EUROPE – DAS SPIEL DER REGIONEN“ –
 EUROPABEAUFTRAGTE
 RUFT ZUR TEILNAHME AUF**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Europa und europäische Entscheidungsprozesse Jugendlichen vermitteln und den Europagedanken stärken – das ist Sinn und Zweck der Planspielreihe „Next Level Europe – Das Spiel der Regionen“. Die Europabeauftragte des Landes Berlin, Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, bietet für 2016 erneut zehn Termine für Berliner Schulen an, bei denen qualifizierte Trainerinnen und Trainer Planspiele zu aktuellen Themen wie Asyl- und Flüchtlingspolitik und Klima- und Energiepolitik begleiten.

Staatssekretärin Dunger-Löper: „In einer Zeit, in der sich viele desillusioniert vom europäischen Gedanken abwenden, ist es mir besonders wichtig, gerade der nachwachsenden Generation zu vermitteln, wie wichtig Europa für den Alltag von uns allen ist. Dazu ist es immens wichtig, dass gerade junge Menschen lernen, wie

die Europäische Union funktioniert. Dafür ist das von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland initiierte politische Planspiel ‚Next Level: Europe. Das Spiel der Regionen‘ hervorragend geeignet.“

Das habe sich, so Dunger-Löper, bereits 2015 beim ersten Einsatz der durch die Agentur planpolitik konzipierten Reihe gezeigt. Die Staatssekretärin: „Next Level Europe macht riesen Spaß beim Spielen. Es fasziniert und dadurch bleiben die jungen Leute auch bei der Sache.“

2015 sind schwerpunktmäßig Sekundarschulen der Klassenstufen 9 und 10 aufgerufen, sich für die Durchführung eines Planspiels zu bewerben. Durch die Unterstützung der Trainerinnen und Trainer können Lehrerinnen und Lehrer die Sicherheit erlangen, die Spiele künftig selber durchzuführen.

Weitere Informationen und einen Link für die Online-Anmeldung für Berliner Schulen finden Sie auf Berlin.de unter der Adresse <http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/aktionen/planspiel/artikel.379003.php>.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 14.03.2016, 10:06 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**EUROPABEAUFTRAGTE LÄDT BERLINER
 SCHULGRUPPEN ZUR „TOUR D’EUROPE
 2016“ EIN**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Die Europabeauftragte des Landes Berlin, Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, lädt Berliner Schulgruppen ab der Klassenstufe 11 zur Teilnahme an der „Tour d’Europe2016“ ein.

Dunger-Löper: „Die Tour d’ Europe ist jedes Jahr ein großer Erfolg, und ich danke besonders dem Verein Bürger Europas für die tatkräftige Unterstützung. Ich kann Schulen, Lehrerinnen und Lehrern und vor allem auch den Jugendlichen die Teilnahme nur wärmstens ans Herz legen. Es lohnt sich!“

Die Tour d’ Europe ist kostenfrei und bietet täglich zwei Berliner Schulgruppen die Gelegenheit, Europa in Berlin zu entdecken, EU-Projekte kennen zu lernen und mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die sich in Berlin beruflich mit verschiedenen europäischen Politikbereichen beschäftigen. Durch verschiedene Module soll neben der Wissensvermittlung auch das europäische Bewusstsein durch konkrete Alltagsbezüge gestärkt werden. 2016 stehen neben der Bedeutung europäischer Politik für Berlin die aktuelle Flüchtlingsthematik

sowie, anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags und des 10-jährigen Bestehens der Oder-Partnerschaft, die deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelpunkt der Tour.

Das detaillierte Programm, Eindrücke von der Tour 2015 und den Link zum Online-Anmeldeverfahren finden Sie auf Berlin.de unter der Adresse <http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/aktionen/tour-d-europe>.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 15.03.2016, 13:04 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

MASTERPLAN INTEGRATION UND SICHERHEIT

Aus der Sitzung des Senats am 15. März 2016:

Der Senat hat heute auf Vorlage der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, den Entwurf des Masterplans Integration und Sicherheit zur Kenntnis genommen. Dieser führt das Versorgungs- und Integrationskonzept für Asylbegehrende und Flüchtlinge vom 11. August 2015 weiter und ergänzt es. Den Pfad zur erfolgreichen Integration markieren acht Schritte, an denen sich der Masterplan orientiert:

- 1) Ankunft, Registrierung und Leistungsgewährung der Geflüchteten
- 2) Gesundheitsversorgung
- 3) Unterbringung und Wohnraum
- 4) Sprach- und Bildungsangebote
- 5) Integration in den Arbeitsmarkt
- 6) Sicherheit
- 7) Integrative und offene Stadtgesellschaft
- 8) Aktive Teilhabe der Geflüchteten am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

Für jedes Handlungsfeld beschreibt der Masterplan die zentralen Ziele und Maßnahmen.

Im Jahr 2015 hat Berlin 55.000 Geflüchtete nach der bundesweiten Verteilung neu aufgenommen. Für 2016 geht der Senat von einem ähnlich hohen Zugang wie im gesamten Jahr 2015 aus. Für 2017 und 2018 plant man mit einer Halbierung. Gleichzeitig werden dann aber erheblich mehr Zuzüge von Familienangehörigen und aus anderen Bundesländern als bisher erwartet.

Einzelne beispielhafte Maßnahmen aus dem Masterplan sind:

- Das neue Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), in dem alle Bereiche der Ankunft, Leistungsgewährung und Unterbringung zukünftig gebündelt werden, soll am 1. August 2016 den Betrieb aufnehmen.

- Alle Geflüchteten erhalten bei der Registrierung ein Informationspaket zur Erstorientierung. Es beinhaltet Informationen über die Regeln unseres Zusammenlebens, die wichtigsten Anlaufstellen, Integrationsangebote und Sprachkurse, dazu spezielle Informationen für Frauen und LSBTI. Die Geflüchteten bestätigen Empfang und Kenntnisnahme der Informationen.
- Die Anreize zur freiwilligen Rückkehr von Ausreisepflichtigen sollen verstärkt, die Zahl der Rückführungen soll erhöht werden, indem die Rückführungskapazitäten ausgebaut werden. Das Verwaltungsgericht richtet zum 1. April 2016 zwei weitere Kammern ein, um die gerichtliche Klärung des Aufenthaltsstatus zu beschleunigen.
- Der Bedarf an Gemeinschaftsunterkünften wird bis Mitte 2016 weiter steigen. Der Senat rechnet mit mindestens 34.000 Plätzen einschließlich der Plätze in Notunterkünften, die weiterhin benötigt werden. Die Unterbringung in Turn- und Sporthallen soll schnellstmöglich beendet werden.
- Berlin plant über die Stadt verteilt modulare Unterkünfte (MUFs) mit insgesamt 24.000 Plätzen, von denen bis Ende 2016 rund 3.300 nutzbar sein werden.
- Die Angebote für den Spracherwerb werden stark ausgebaut. Ergänzend zu den Angeboten des Bundes soll jeder Geflüchtete die Möglichkeit zum Spracherwerb bekommen. In die Deutschkurse werden Wertevermittlung, Informationen zur Dualen Berufsausbildung und zu Arbeitnehmerrechten integriert. Neben den allgemeinen Maßnahmen zur Sprachförderung stehen auch berufsbezogene Angebote zur Verfügung. Darüber hinaus wird das Angebot von Alphabetisierungsklassen geprüft.
- Schrittweise werden „Willkommen in Arbeit“-Büros, die frühestmöglich zu den Themen Bildung und Arbeit beraten, in allen Großunterkünften sowie Integrationsbüros in den kleineren Unterkünften eingerichtet. Zusätzlich unterstützt die mobile Bildungsberatung den Übergang in Bildung und Beschäftigung. Dabei soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Ansprache von Frauen gelegt werden. Zusätzlich wird die Anzahl von Integrationslotsen erhöht. Die Jugendberufsagentur wird ihre Beratungsangebote auf Geflüchtete ausweiten.
- Darüber hinaus werden die Kapazitäten der Ausbildungs- und Berufsinitiative für Geflüchtete ARRIVO Berlin deutlich erhöht. Ziel ist es, systematische Strukturen der Zusammenarbeit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen mit den Kammern und Verbänden in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit

zu etablieren. ARRIVO wird zu einer Dachmarke weiterentwickelt, bei der betriebliche Praxis im Vordergrund steht.

- Wesentlich ist, die Sicherheit aller in Berlin lebenden Menschen zu gewährleisten. Hierzu muss die Sicherheitsstruktur gestärkt und neu geplant werden. Die Neuangekommenen und ihre Unterkünfte müssen vor fremdenfeindlicher Gewalt geschützt werden. Zum Schutz vor fremdenfeindlicher Gewalt soll eine fundierte und ausgewogene Informationspolitik betrieben werden, um auch der Bildung von Ängsten und Vorurteilen vorzubeugen. Auf der anderen Seite gelingt ein friedliches Zusammenleben nur, wenn die Werte, Normen und Prinzipien des demokratischen Zusammenlebens beachtet werden. Daher soll den Geflüchteten schon am Anfang ihres Aufenthaltes die in Deutschland bestehende Wert- und Rechtsordnung vermittelt werden. Zudem wird der Gefährdung durch einreisende islamistische Gewalttäter begegnet werden.
- Kapazitätsausbau Schule und Kita: Das Land Berlin baut die Schul- und Kitaplatzkapazitäten zusätzlich zu den Maßnahmen, die aus der wachsenden Stadt resultieren, aus. Für die geflüchteten Schülerinnen und Schüler werden Willkommensklassen und weitere Schulplätze eingerichtet.
- Schulen unterstützen: Der Senat unterstützt die Stabilisierung der Schulen durch einen Ausbau der Schulsozialarbeit, der Schulpsychologie sowie durch neue Fortbildungsangebote für das pädagogische Personal im Umgang mit Flüchtlingen und ihrer besonderen Lebenslage. Der Senat finanziert bereits 26 zusätzliche Vollzeit-äquivalente.
- Ausbau Familienzentren: Die Familienzentren werden ihre Angebote gezielt für Flüchtlingsfamilien ausbauen. Um Familien an das Angebot der Kindertagesbetreuung heranzuführen, werden sog. Sprungbrettangebote im Vorfeld von Kindertagesbetreuung in ausgewählten Flüchtlingsunterkünften eingeführt. Das pädagogische Personal der Kitas wird mit speziellen Fortbildungen auf den Umgang mit Flüchtlingsfamilien vorbereitet.
- Studium ermöglichen: Die Anzahl Studierfähiger und Studierwilliger wird auf 10 Prozent bis 20 Prozent geschätzt. Um den Geflüchteten den Zugang zum bzw. einen erfolgreichen Start ins Studium zu ermöglichen, erweitert das Land zusammen mit den Hochschulen Studienkollegs, Sprachkurse, werden Brückenkurse eingerichtet, Mentoring-Programme gestartet und das Beratungsangebot erweitert.

Die Bezirke sind bereits im Erstellungsprozess des Masterplans einbezogen worden. Im nächsten Schritt wird er dem Rat der Bürgermeister vorgelegt. Darüber hinaus soll der Masterplan mit der Stadtgesellschaft diskutiert und weiterentwickelt werden. Dazu ist unter anderem eine stadtweite Integrationskonferenz geplant. Der Entwurf des Masterplans Integration und Sicherheit steht zum Herunterladen zur Verfügung.

Entwurf Masterplan Integration und Sicherheit:

<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/politik-aktuell/2016/entwurf-masterplan-integration-und-sicherheit.pdf>

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 15.03.2016, 13:03 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

VERBESSERUNG

DER ANERKENNUNGSMÖGLICHKEITEN AUSLÄNDISCHER BERUFSABSCHLÜSSE

Aus der Sitzung des Senats am 15. März 2016:

In seiner heutigen Sitzung hat der Senat auf Vorlage der Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres, beschlossen, den Gesetzentwurf zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes Berlin sowie weiterer Gesetze beim Abgeordnetenhaus einzubringen. Das Gesetz soll die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtern. Es setzt damit zugleich die EU-Richtlinie 2013/55/EU um.

Bestandteile des Gesetzespakets sind insbesondere die Möglichkeit der elektronischen Antragstellung, die sukzessive Einführung eines Europäischen Berufsausweises, ein sogenannter Vorwarnmechanismus sowie ein partieller Berufszugang. Diese Bestimmungen werden in dem für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen maßgeblichen Regelwerk, dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Berlin (BQFG Bln), und in nahezu allen einschlägigen Berliner Berufsgesetzen (für Lehrkräfte, Ingenieure und Angehörige von Gesundheitsberufen) umgesetzt.

Die Anerkennung ist vielfach Voraussetzung dafür, in dem jeweiligen Beruf arbeiten oder sich selbstständig machen zu können. Der Gesetzentwurf dient der einheitlichen und transparenten Gestaltung der Verfahren und Kriterien zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen. Als Vergleichsmaßstab für die Gleichwertigkeit dient der jeweils in Berlin geregelte Berufsabschluss. Die Prüfung der Gleichwertigkeit findet unabhängig von der Staatsangehörigkeit und dem Herkunftsort der Berufsqualifikation statt. Damit geht der Gesetzentwurf weit über den Anwendungsbereich der auf europäische Staaten beschränkten EU-Richtlinie hinaus.

Berlin trägt mit dem neuen Anerkennungsgesetz dazu bei, dass Menschen mit einer ausländischen Berufsqualifikation schneller, leichter und gezielter auf dem deutschen Arbeitsmarkt eingesetzt werden können. Dadurch wird zugleich der Fachkräftemangel verringert, eine Willkommenskultur geschaffen und die Integration von Migrantinnen und Migranten gefördert, gerade auch von Flüchtlingen. Gleichzeitig werden die Sozialsysteme entlastet.

Rückfragen: Sprecher für Wissenschaft, Telefon: (030) 90227-5846

Pressemitteilung vom 15.03.2016, 09:13 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
EUROPABEAUFTRAGTE

WIRBT FÜR EUROPAWOCHE 2016
Die Europawoche findet 2016 vom 30. April bis zum 9. Mai statt

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Die Europabeauftragte des Landes Berlin, Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an den Veranstaltungen der Europa-Woche 2016 ein. Die Europawoche findet 2016 vom 30. April bis zum 9. Mai statt.

Dunger-Löper: „Europa wirft insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Situation – Stichwort Flüchtlinge – immer wieder Fragen auf. Die Europawoche ist ein seit vielen Jahren erfolgreich durchgeführtes Konzept, Angebote zu machen, die Europäische Union den Menschen näher zu bringen und Fragen zu beantworten.“

Die Europawoche bietet vielfältige Veranstaltungen rund um das Thema Europa an. Auch dieses Jahr findet die Kantinenaktion „Wie schmeckt Europa?“ statt, während der Berliner Kantinen ihre Gäste auf eine kulinarische Reise durch ganz Europa mitnehmen. Am 9. Mai 2016 findet die Ehrung des europäischen Engagements mit der Übergabe des „Blauen Bären“ statt. Am 6. und 7. Mai öffnet das Berliner Rathaus seine Pforten für in Berlin wohnende Bürgerinnen und Bürgern aus den 28 Mitgliedsstaaten zum „Rathaus Europa“ und lädt zum Austausch über die Zukunft der EU ein. Im Zeitraum der Europawoche stattfindende Feste und Aktionen werden von der Senatskanzlei mit einem mobilen Europazelt europäisch begleitet. Ausführliche Programminformationen finden Sie auf Berlin.de unter der Adresse <http://www.berlin.de/europawoche>.

Die bundesweite Europawoche findet jährlich Mai statt und wird europaweit gefeiert. Anlass ist der 9. Mai, an dem 1950 mit der Schumann-Erklärung der Grundstein für die Europäische Union gelegt wurde.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 14.03.2016, 16:52 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**Müller nach Gespräch mit Frans Timmermans:
 „EUROPA MUSS IN FLÜCHTLINGSFRAGE
 SEINER VERANTWORTUNG GERECHT
 WERDEN“**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat heute den Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, im Berliner Rathaus zu einem Gespräch empfangen.

Themen des Gesprächs waren vor allem Fragen, die sich aus der Flüchtlingssituation ergeben. Der Regierende Bürgermeister appellierte an die Europäische Kommission, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine bessere Steuerung der Migration innerhalb der Europäischen Union zu erreichen.

Müller: „Wir brauchen dringend eine Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik durch ein gerechtes Verteilsystem beziehungsweise die Etablierung eines Dublin-Solidaritätsfonds. Weiterhin mahnen wir die Gewährleistung von Mindeststandards in den Aufnahmestaaten an; ihre Nichteinhaltung muss gegebenenfalls von der Europäischen Kommission sanktioniert werden. Ferner erwarten wir von Brüssel die Unterstützung des Informationsaustausches zwischen den Hauptstädten etwa über Online-Plattformen, über die sich die Städte gegenseitig informieren, vernetzen und austauschen können. Es ist an der Zeit, dass Europa in der Flüchtlingsfrage seiner Verantwortung gerecht wird.“

Timmermans: „Die Flüchtlingskrise ist eine große Herausforderung für die gesamte Europäische Union. Ich möchte meine Anerkennung zum Ausdruck bringen für das, was bei der Aufnahme von Flüchtlingen in ganz Deutschland, und auch hier im Land Berlin, geleistet wird. Wer vor Krieg und Gewalt fliehen muss verdient unseren Schutz. Aber es ist auch klar: wir brauchen einen besseren Schutz unserer Außengrenzen und wir brauchen ein besseres und gerechteres europäisches Asylsystem, und daran arbeiten wir. Und die Mitgliedsstaaten müssen umsetzen, was sie im Europäischen Rat beschlossen haben. Wenn wir in Europa entschlossen und solidarisch handeln, werden wir diese Krise meistern.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 17.03.2016, 13:28 Uhr
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
**NEUE ZENTRALE ERSTUNTERSUCHUNGS-
UND IMPFSTELLE DES LAGESO**
Einrichtung ist jetzt integraler Bestandteil der Aufnahme Asylsuchender am Standort Bundesallee

Seit dem 1. März 2016 werden im Rahmen der Aufnahme von neu ankommenden Geflüchteten am Standort Bundesallee die körperliche Erstuntersuchung nach § 62 Asylgesetz und die Erstimpfung Asylsuchender innerhalb nur einer ärztlichen Vorstellung durchgeführt. Den Auftrag dazu hat das LAGeSo der Charité erteilt. Die Ärztinnen und Ärzte der Charité impfen entsprechend den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut. Es können bis zu 400 Asylsuchende pro Werktag untersucht und geimpft werden.

Darüber hinaus werden Impfungen auch in mehreren großen Notunterkünften (z. B. Flughafen Tempelhof, Rathaus Wilmersdorf) und z. T. durch die Bezirke organisiert durchgeführt. Das Land Berlin hat damit sichergestellt, dass alle Asylsuchenden frühzeitig die notwendigen Impfungen erhalten können und damit die Weiterverbreitung von Infektionskrankheiten verhindert werden kann.

Gesundheits- und Sozialsenator Mario Czaja: „Die medizinische Erstuntersuchung und die gleichzeitig vorgenommene Impfung sind nun integraler Bestandteil der Aufnahme von Geflüchteten in Berlin. Diese Konzentration der medizinischen Erstuntersuchung in Kombination mit der Erstimpfung an einem Standort durch die Charité-Ärzte ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung aller hier in Berlin aufgenommenen Flüchtlinge. Sie erhalten nach ihrer Registrierung in der Kruppstraße in der 2. Phase ihrer Aufnahme mit dem ersten Leistungspaket seit März auch gleichzeitig ihre Erstuntersuchung und Impfung. Damit haben wir unser Ziel erreicht, die medizinisch notwendige Untersuchung und die Impfung gleich bei der Ankunft der Flüchtlinge in einem Vorgang durchführen zu können. Das ist gutes Management mit effizienten Strukturen, das den Flüchtlingen zugutekommt. Wir sind froh, dass wir auch diesen Teil des „Rahmenkonzepts medizinische Versorgung von Asylsuchenden im Land Berlin“ bereits in die Praxis umsetzen konnten.“

Mit der KV Berlin gibt es einen befristeten Vertrag zum Betrieb einer Impfstelle am LAGeSo, der zum 30. Juni 2016 gekündigt wurde, da die Zentrale Impf- und Untersuchungsstelle in der Bundesallee ihren Betrieb aufgenommen hat. Für die bisherige Arbeit an der Impfstelle des LAGeSo danken der Senator und die Senatsgesundheitsverwaltung der KV Berlin.

Hintergrund der Verlegung der Impfstelle in die Bundesallee ist die gewünschte Verzahnung zwischen den Registrierungsprozessen, die Asylsuchende durchlau-

fen müssen, und der gesetzlich vorgeschriebenen Erstuntersuchung. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen war die Charité der am besten geeignete Partner, auch weil die Ärztinnen und Ärzte der Charité im Unterschied zur KV ein breiteres Spektrum entsprechend der Impfeempfehlungen für Flüchtlinge des Robert-Koch-Instituts umsetzen.

Rückfragen: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon: (030) 9028-1135

Pressemitteilung vom 21.03.2016, 10:17 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
**„Wenn Menschen Opfer werden“ –
LANDESKOMMISSION
BERLIN GEGEN GEWALT
LOBT PRÄVENTIONSPREIS 2016 AUS**

Frist: **15. April 2016**

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt lobt in diesem Jahr zum 17. Mal den Berliner Präventionspreis aus. Mit der Verleihung dieses Preises will das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin besondere Leistungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention würdigen, unterstützen und einer breiten Öffentlichkeit vorstellen.

Der Berliner Präventionspreis ist in diesem Jahr dem Thema „Wenn Menschen Opfer werden“ gewidmet.

Es geht dabei um die Auszeichnung von Projekten, Maßnahmen und Initiativen,

- die sich in Berlin in vorbildlicher Weise für die Rechte und die Unterstützung von Opfern einsetzen
- einen wesentlichen Beitrag zur psychosozialen Betreuung von Opfern bei seelischer Belastung und bei körperlicher Schädigung leisten
- oder umfassende Beratungs- und Hilfeleistungen erbringen.

Der Preis ist mit insgesamt 12.500 Euro dotiert. Zusätzlich werden insgesamt zwei Sonderpreise in Höhe von jeweils 1.000 Euro von den SECURITAS Sicherheitsdiensten GmbH & Co. KG und von der Unfallkasse Berlin gestiftet. Die Preisgelder sind für die Weiterführung bzw. Ausweitung der prämierten Projekte und Maßnahmen bestimmt.

Die ausgewählten Projekte werden im Rahmen des Berliner Präventionstages am 30. Juni 2016 in der Werkstatt der Kulturen, Wissmannstr. 32, 12049 Berlin, gewürdigt. Die Preisverleihung erfolgt durch Innensenator Frank Henkel.

An der Ausschreibung des Berliner Präventionspreises können sich Vereine, Verbände, Organisationen, Schulen, Institutionen, Behörden, Initiativen sowie Bürgerin-

nen und Bürger beteiligen. Die Bewerbungsfrist zur Einsendung der Bewerbungsunterlagen endet am 15. April 2016.

Nähere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte dem Flyer und den Bewerbungsunterlagen zum Berliner Präventionspreis 2016, die bei der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Tel.: 90223-2913/2040/2919) angefordert oder unter <http://www.berlin.de/gegen-gewalt> herunter geladen werden können.

Pressemitteilung vom 21.03.2016, 10:00 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft
Dienstag, 12. April 2016:

„REFUGEEES WELCOME“ – EINE LESUNG

Zur Frage wie die Aufnahme von geflüchteten Menschen gelingen kann veranstaltet die Berliner Landeszentrale für politische Bildungsarbeit am

Dienstag, 12. April 2016
von 18:00 Uhr – 20:30 Uhr im

Amerika Haus Berlin,
Hardenbergstraße 22-24
10623 Berlin

eine Lesung.

Wandlitz – ein kleiner Ort bei Berlin. 2013 wurde hier ein Flüchtlingsheim eröffnet. Was viele zunächst als Bedrohung empfanden, wird heute als Bereicherung gesehen. Wie es gelungen ist, diesen Stimmungsumschwung herbeizuführen, davon erzählt der Bürgerrechtler Mathis Oberhof in seinem Buch „Refugees welcome“.

Herr Oberhof steht nach der Lesung für Diskussionen mit dem Publikum zur Verfügung. Eingerahmt wird der Abend durch den syrischen Sänger Walid Habash und vier kurze Videoeinspielungen.

Mathis Oberhof, Bürgerrechtler liest aus seinem Buch: „Refugees welcome“.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Ansprechpartner in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung:
Thomas Gill, thomas.gill@senbjw.berlin.de

Rückfragen: Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers, Tel.: (030) 90227 - 5843, Telefon: (030) 90227 - 5843

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

MÜLLER ZU DEN ANSCHLÄGEN IN BERLINER PARTNERREGION BRÜSSEL

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat seine tiefe Betroffenheit über die Anschläge in der Berliner Partnerregion Brüssel-Hauptstadt geäußert:

„Die Nachrichten von den brutalen Terrorakten am Brüsseler Flughafen und in der U-Bahn sind zutiefst schockierend. Unsere Gedanken sind in erster Linie bei den Todesopfern, den vielen Verletzten und ihren Familien. Berlin ist in Gedanken bei seiner Partnerstadt Brüssel, mit der wir uns in europäischer Solidarität eng verbunden fühlen. Die menschenverachtenden Terrorakte zeigen uns allen, wie verwundbar unsere Metropolen sind. Der Senat, die Polizei und die zuständigen Behörden tun alles, um solche verbrecherischen Akte in unserer Stadt zu verhindern. Die Sicherheitslage wird fortlaufend bewertet und wir gehen jedem sicherheitsrelevanten Hinweis nach.“

Weiter sagte Müller: „Auch heute gilt, wie bei den Anschlägen in Paris: wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir werden unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft und unsere offene Lebensweise von solchen menschenverachtenden terroristischen Akten nicht zerstören lassen.“

Besonderes Augenmerk, so der Regierende Bürgermeister weiter, gelte den elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Brüsseler Büros des Landes Berlin bei der Europäischen Union: „Die Kolleginnen und Kollegen durchleben unmittelbar vor Ort Stunden voller Anspannung. Ich bin beruhigt, dass alle, die dort für unsere Stadt tätig sind, die Situation unbeschadet überstanden haben.“ Das Berliner Büro ist rund fünf Minuten zu Fuß von der Metrostation Maelbeek entfernt, einem der Anschlagsorte.

Die Region Brüssel-Hauptstadt ist seit dem 1. Juni 1992 partnerschaftlich mit Berlin verbunden.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 22.03.2016, 13:04 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Personal für die wachsende Stadt:

BERLIN

BESCHLEUNIGT EINSTELLUNGSVERFAHREN

Aus der Sitzung des Senats am 22. März 2016:

Das Land Berlin will die Gewinnung von neuem Personal für die wachsende Stadt beschleunigen. Neben der stärkeren Anwendung von Sammelverfahren bei Ausschreibungen und Einstellungen liegt das Hauptaugenmerk des Senats dabei auf dem Ausbau sogenannter E-Recruiting-Anwendungen und organisatorischen Verbesserungen in den einzelnen Dienststellen. Das geht aus einem Bericht an das Abgeordnetenhaus zur Besetzung von Stellen im Landesdienst hervor, den der Senat in seiner heutigen Sitzung auf Vorlage von Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen beschlossen hat.

Senator Dr. Kollatz-Ahnen: „Die Phase des Personalabbaus in Berlin ist weitgehend abgeschlossen. Die Stadt wächst und benötigt selektiv für die Aufgaben der wachsenden Stadt zusätzliches Personal. Der Schwerpunkt der aktuellen Personalpolitik liegt darin, den sich aus der demografischen Entwicklung ergebenden Herausforderungen mit einem modernen Personalmanagement und zeitgemäßen Verfahren bei der Anwerbung und Einstellung von Personal zu begegnen.“

Das Land Berlin hat in den Jahren 2014 und 2015 in rund 3.350 Verfahren insgesamt etwa 9.500 unbefristete und 3.500 befristete Stellenbesetzungen vorgenommen. Insbesondere die Einstellung von Nachwuchskräften ist durch Sammelausschreibungs- und -einstellungsverfahren realisiert worden.

Der Finanzsenator betonte, das Land Berlin sei ein attraktiver Arbeitgeber, nicht zuletzt wegen der vielfältigen Tätigkeitsfelder, der guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Beschäftigungssicherheit. Diese Vorzüge gelte es noch deutlicher darzustellen, um im Wettbewerb mit anderen öffentlichen und privaten Arbeitgebern auch künftig qualifiziertes und motiviertes Personal für frei werdende Stellen zu gewinnen.

Aus dem Bericht des Senats geht hervor, dass das Land Berlin die Personalrekrutierung verstärkt mittels computer- und webbasierter Medien betreiben und das sogenannte E-Recruiting ausbauen will. Durch die flächendeckende Einführung und Nutzung eines solchen IT-Fachverfahrens können Kommunikationswege verkürzt und Doppelarbeiten bei der Erfassung der Bewerberdaten vermieden werden. Gleichzeitig soll der Online-Kanal als Rekrutierungsweg weiter ausgebaut werden.

Weitere Verfahrensverbesserungen werden durch die Bündelung und Standardisierung von Auswahlprozessen angestrebt. Des Weiteren wird vorgeschlagen, zentrale Einstellungsbüros in den Dienststellen einzu-

richten, die die Verfahren zügig durchführen. In Kürze wird ein modernes, zentrales Karriereportal online gehen, das Bewerberinnen und Bewerber über freie Stellen im Land Berlin informiert. Außerdem werden die Dienststellen des Landes darin unterstützt, ein modernes Personalmarketing aufzubauen und ihre Recruiting-Verfahren zu professionalisieren.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Finanzen, Telefon: (030) 9020-4172

Pressemitteilung vom 22.03.2016, 13:03 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**NEUE LANDESGESELLSCHAFT BEGLEITET
 NEUBAU VON FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE
 DURCH DIE BERLINOVO**

Aus der Sitzung des Senats am 22. März 2016:

Der Senat hat heute die Landesbeteiligung an einer gemeinsamen Gesellschaft mit der Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH (berlinovo) beschlossen. Aufgabe der künftigen Gesellschaft ist die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften. Die Vorlage war von Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen eingebracht worden.

Senator Dr. Kollatz-Ahnen: „Als Immobiliendienstleister verfügt die berlinovo über umfassende Projekterfahrung. Sie nimmt schon heute zentrale Aufgaben für das Land Berlin wahr, etwa im Bereich des studentischen Wohnens. Dazu wird künftig auch die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften gehören. Die neue Landesgesellschaft gewährleistet, dass die unterschiedlichen Aufgaben parallel und uneingeschränkt umgesetzt werden können.“

Das Land Berlin wird im laufenden und im kommenden Jahr in großem Umfang Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen bereitstellen. Auf Basis aktueller Fallzahlenprognosen wird von einem Bedarf an 24.000 zusätzlichen Plätzen ausgegangen, die durch Neubau oder Herrichtung von Bestandsgebäuden als Gemeinschaftsunterkünfte geschaffen werden sollen. Bis zu 13.500 Plätze sollen durch die neue Landesgesellschaft gebaut werden. Anschließend werden die Plätze an die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales als die für die Flüchtlingsunterbringung zuständige Verwaltung vermietet.

An der neuen Gesellschaft mit dem Namen BEFU Berliner Gesellschaft zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften beteiligt sich das Land Berlin mehrheitlich mit 51 Prozent und die berlinovo mit einer Minderheitsbeteiligung von 49 Prozent. Die Struktur der Landesgesellschaft gewährleistet eine Trennung von den vom Land abgeschirmten Immobilienfonds der ehemaligen Bankgesellschaft Berlin.

Die Finanzierung der BEFU soll durch Fremd- und Eigenkapital erfolgen. Zum Eigenkapital gehören landes-

eigene Grundstücke, die bebaut werden sollen und die das Land als Sachwerteinlage einbringen kann. Die berlinovo kann den Eigenkapitalanteil aus Vermögen finanzieren, das aus der Ablösung von eigenen Anteilen an den Immobilienfonds stammt. Nach Abzug der Eigenmittel für das Projekt „Studentisches Wohnen“ können die restlichen Mittel für die anteilige Eigenkapitalausstattung der Projektgesellschaft verwendet werden. Mindestens 50 Prozent der Investitionskosten soll der Anteil des Fremdkapitals betragen, der von Dritten zu beschaffen ist. Denkbar sind Förderdarlehen von Seiten der Europäischen Investitionsbank und der KfW.

Die BEFU soll nach Zustimmung des Abgeordnetenhauses ihre Tätigkeit aufnehmen.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Finanzen, Telefon: (030) 9020-4172

Pressemitteilung vom 22.03.2016, 13:02 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**Senat beschließt Rahmenkonzept:
 „MEDIZINISCHE VERSORGUNG
 VON ASYLSUCHENDEN IM LAND BERLIN“**

Aus der Sitzung des Senats am 22. März 2016:

Der Senat hat heute auf Vorlage von Gesundheits- und Sozialsenator Mario Czaja das Rahmenkonzept „Medizinische Versorgung von Asylsuchenden im Land Berlin“ beschlossen.

Vor dem Hintergrund des hohen Zugangs von 79.000 Flüchtlingen im Jahr 2015 war es notwendig, vorübergehende Maßnahmen zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge zu ergreifen. Gleichzeitig mussten Regelmechanismen geschaffen werden, die bei kurzfristig veränderten Zugangszahlen zur Anwendung kommen können, um die medizinische Versorgung von Asylsuchenden dauerhaft zu sichern.

Im Mittelpunkt des Rahmenkonzepts stehen Maßnahmen zur medizinischen Versorgung derjenigen Asylsuchenden, die in großen Unterkünften untergebracht sind. Für diese Unterkünfte, in denen mehr als 500 Flüchtlinge leben, wird an ausgewählten Standorten eine medizinische Versorgung vor Ort in sogenannten MedPunkten gewährleistet. Die Arbeit in diesen MedPunkten ist vertraglich abgesichert und wird von verschiedenen Kliniken und auch von Hilfsorganisationen geleistet. Darüber hinaus soll die psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen von Anfang an und unabhängig von der Art der Unterbringung gewährleistet werden.

Senator Czaja: „Wir haben inzwischen in neun großen Notunterkünften sowie an der Turmstraße am LAGeSo und an der Bundesallee solche MedPunkte eingerichtet. Damit sind Ärztinnen und Ärzte aus Berliner Kliniken und auch von großen Hilfsorganisationen direkt vor

Ort in den Unterkünften tätig. Dazu gibt es Kooperationen mit Kliniken wie der Berliner Charité, Vivantes, dem St. Joseph-Krankenhaus, der Paul-Gerhard-Diakonie, dem Krankenhaus Havelhöhe, dem Evangelischen Waldkrankenhaus und dem Sana Klinikum.

In den MedPunkten erhalten die Asylsuchenden eine medizinische Betreuung, bevor sie in die gesundheitliche Regelversorgung aufgenommen werden. Diese vorübergehenden humanitären Maßnahmen sind für die Flüchtlinge ein schnelles und niedrigschwelliges Angebot zur gesundheitlichen Betreuung. Die Maßnahmen haben das Ziel, die Asylsuchenden möglichst schnell in das Regelsystem zu integrieren. Dafür haben die Gesundheitsämter der Bezirke eine wichtige Lotsefunktion übernommen. Mit der Kassenärztlichen Vereinigung wurde darüber hinaus vertraglich geregelt, dass alle Einrichtungen einen Anspruch auf eine Versorgung durch den Kassenärztlichen Notdienst haben.“

Die Erstuntersuchung von neuankommenden Flüchtlingen nach § 62 Asylgesetz ist jetzt integraler Bestandteil der Aufnahme Asylsuchender am Standort Bundesallee. Seit dem 1. März werden diese gesetzlich vorgeschriebene Untersuchung und auch die Erstimpfung durch Charité-Ärzte an dieser neuen Zentralen Erstuntersuchungs- und Impfstelle des LAGeSo vorgenommen.

Asylsuchende haben einen gesetzlichen Anspruch auf notwendige Leistungen der medizinischen Versorgung. Registrierte Asylsuchende haben das Recht auf freie Arztwahl und können anhand des Krankenbehandlungsscheins bzw. mit der Elektronischen Gesundheitskarte eine medizinische ambulante Behandlung bei niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten in Arztpraxen erhalten. Wenn über die hausärztliche Versorgung hinaus ein Bedarf an fachärztlicher Versorgung besteht (z. B. gynäkologische, psychiatrische Behandlung), so werden die betreffenden Asylsuchenden in das Regelsystem vermittelt.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

Pressemitteilung vom 23.03.2016, 15:00 Uhr
 Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

**RENNER ÜBERREICHT
 TILLY BOESCHE-ZACHAROW
 BUNDESVERDIENSTKREUZ**

Der Staatssekretär für Kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin, Tim Renner, hat heute im Auftrag des Bundespräsidenten der Autorin, Herausgeberin und Verlegerin Tilly Boesche-Zacharow das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht.

Renner: Tilly Boesche-Zacharow gehört zu denjenigen Menschen, die sich durch Engagement und mit Leiden-

schaft gegen das Vergessen gewendet haben. Durch ihr herausragendes Verlagsprogramm und ihre langjährige Arbeit für die exilierten jüdischen Autorinnen und Autoren in Israel, hat sie denen ein Forum geboten, die unter den Nationalsozialisten verstummen mussten. Wir können nur aktiv bewahren, wenn wir nicht vergessen und uns unserer Geschichte und Verantwortung stellen. Dazu hat Tilly Boesche-Zacharow mit ihrer verlegerischen Tätigkeit einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Tilly Boesche-Zacharow lebt abwechselnd in Berlin und Haifa. Seit 1950 arbeitet sie als freiberufliche Schriftstellerin. 1980 gründete sie gemeinsam mit Ihrem Sohn Norbert 1980 den M & N Boesche Verlag Berlin-Haifa. Ihr verlegerisches Engagement ist seitdem den exilierten und immigrierten jüdischen Autoren in Israel gewidmet. Von 1980 bis zu dessen Auflösung (2005) war sie Mitglied im Verband Deutschsprachiger Schriftsteller in Israel (VDSI).

Rückfragen: Lars Bahners, Telefon: (030) 90 228 203

Pressemitteilung vom 29.03.2016, 12:21 Uhr
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
Senator Mario Czaja:

GEFLÜCHTETE ARBEITEN GEMEINNÜTZIG BEREITS IN 75 BERLINER UNTERKÜNFTE

Noch nie nahmen so viele Geflüchtete in Berlin gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten wahr. Derzeit sind 3.925 Menschen nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz in Beschäftigung. Heute hat der Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja gemeinsam mit Petra Densborn vom Christlichen Jugenddorfwerk Deutschland (CJD) in der Notunterkunft am Groß-Berliner Damm das Modell der Gemeinnützigen Arbeit für Flüchtlinge vorgestellt.

Senator Mario Czaja erklärt: „Mit den Arbeitsgelegenheiten bieten wir den Flüchtlingen nicht nur sinnvolle Beschäftigung. Sie geben ihnen Gelegenheit, bei der Arbeit die Sprache zu lernen, Kontakte herzustellen, auch über die eigene Unterkunft hinaus. Begegnungen in die Stadtgesellschaft hinein sind wichtig, damit die Prozesse der Integration gelingen können. Unterstützt wird ebenso eine spätere Überleitung und Vermittlung zu den Jobcentern. So profitieren am Ende von den gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten für Asylsuchende alle Seiten.“

Es ist erfreulich, dass sich immer mehr Flüchtlinge für Arbeitsmöglichkeiten interessieren und gleichzeitig über das Landesamt für Gesundheit und Soziales so viele Beschäftigungsstellen wie noch nie bewilligt werden konnten. Der überwiegende Teil der Asylbewerber ist in einer Unterkunft tätig. Wir wollen nun die Arbeitsgelegenheiten in gemeinnützigen Vereinen ausweiten und künftig auch in kommunalen Unternehmen einrichten.“

Von den fast 4.000 Flüchtlingen, die derzeit in gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten beschäftigt sind, arbeiten 3.510 in Unterkünften und 415 in gemeinnützigen Vereinen. Derzeit machen 75 Unterkünfte – damit die Hälfte der Berliner Unterkünfte – mit durchschnittlich 25 Arbeitsstellen von der Möglichkeit Gebrauch, Asylsuchende in gemeinnütziger Arbeit zu beschäftigen. Die Tätigkeiten liegen vorrangig in den Bereichen Hauswirtschaft, Küche, Reinigung, Sprachmittlung, aber auch bei der Betreuung von Kindern und Senioren sowie der Unterstützung in gemeinnützigen Vereinen.

Die Flüchtlinge erhalten eine Aufwandsentschädigung von 1,05 € je Stunde, die vom LAGeSo gewährt und auch dort ausgezahlt wird. Die Arbeitszeit soll möglichst zwischen 6 und 8 Stunden täglich betragen. Sie soll im Monat nicht über 80 Stunden hinausgehen. Damit können die Beschäftigten einen Betrag von höchstens 84,- € monatlich erreichen.

Der Träger CJD betreibt insgesamt fünf Notunterkünfte in Berlin und ist als Anbieter gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten besonders aktiv. Der CJD bietet derzeit in der Notunterkunft am Groß-Berliner Damm 59 rund 60 Bewohnerinnen und Bewohnern Beschäftigung solche Arbeitsgelegenheiten. Mehr als 500 Menschen leben derzeit in der Unterkunft.

Rückfragen: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon: (030) 9028-1135

Pressemitteilung vom 31.03.2016, 08:00 Uhr
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
**LAND BERLIN VERSTÄRKT FÖRDERUNG FÜR
BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT
1,5 Millionen Euro für das stadtweite Programm
"Freiwilliges Engagement In Nachbarschaften"**

Neben der Förderung im Rahmen des Programms Soziale Stadt stellt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt seit 16 Jahren den Bezirken Mittel für die Unterstützung gesellschaftlicher Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.

Die Mittel des Programms "Freiwilliges Engagement In Nachbarschaften (FEIN)" sind für Sachausgaben bestimmt, die bei ehrenamtlichen Aktivitäten zur Aufwertung und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur erforderlich sind. Dazu zählt zum Beispiel die Renovierungen von Schulen und Kindertagesstätten und die Pflege und Aufwertung von Grünanlagen. Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 gelang es, das stadtweite Programm "Freiwilliges Engagement In Nachbarschaften" um eine halbe Millionen Euro auf 1,5 Millionen Euro zu erhöhen. Die Sachmittel stehen den Bezirken ab sofort zur Verfügung, um das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu fördern.

Stadtentwicklungs- und Umweltsenator Andreas Geisel: "Mit den Mitteln des Programms "Freiwilliges Engagement In Nachbarschaften" unterstützen wir die Bürge-

rinnen und Bürger, die freiwillig Ihre Hilfe anderen Menschen anbieten und somit Allen nutzen. Und wir fördern damit auch den Ausbau solidarischer Netzwerke. Dass in diesem Jahr die Integration von Flüchtlingen im Fokus vieler Projekte steht zeigt, dass die Berlinerinnen und Berliner auf die aktuellen Entwicklungen in unserer Stadt schnell und mit viel Engagement reagieren."

Von den im aktuellen Haushalt 2016 veranschlagten 1,5 Mio. Euro werden ca. 1 Mio. Euro für Einzelmaßnahmen der Bezirke und 500.000 Euro für ausgewählte Pilotprojekte zur Verfügung gestellt. Gefördert werden kleinteilige Maßnahmen. In diesem Jahr sind knapp zwei Drittel der bezirklichen Projekte auf den verstärkten Zustrom von Geflüchteten und deren Integration ausgerichtet. Es sollen ehrenamtliche Strukturen mit der Bürgerschaft aufgebaut und Hilfe zur Selbsthilfe organisiert werden, um den sozialen Zusammenhalt und das gemeinnützige Miteinander der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken.

Kurz-Info zu den FEIN-Pilotprojekten 2016

Charlottenburg-Wilmersdorf

- Nachhaltige Mierendorff-Insel 2030 - Unterstützen und aktivieren in 2016: Umsetzung des Beteiligungskonzeptes und Fortführung von Fortbildungs-, Informations- und Aktivierungsprojekten.
- Urban-Gardening im Klausenerplatzkiez: Ergänzung und Pflege des Kiezgrüns und Übergabe in die Obhut der Kiezbewohner; Fördern von ehrenamtlichem Engagement und Vernetzung im Kiez.
- Ehrenamtliches Engagement in der Paul-Hertz-Siedlung: Aktivieren und Beteiligen von Anwohnerinnen und Anwohnern der Paul-Hertz-Siedlung, um gemeinsam ehrenamtlich getragene Aktivitäten, Projekte und Veranstaltungen zu entwickeln und umzusetzen.

Lichtenberg

- Miteinander und Füreinander in neuen Nachbarschaften-Alt-Lichtenberg: Aktive Einbeziehung von Menschen unterschiedlicher Kulturen und von Flüchtlingen in das Kiezgeschehen. Mitgestaltung durch Beteiligung. Einbeziehung von neuen Akteuren aus angrenzenden Kiezen.
- Tausend Ehrenamtliche für Tausend Flüchtlinge – Karlshorst: Entwicklung des Stadtteilzentrums iKARUS als Anlauf- und Koordinierungsstelle für Ehrenamtliche. Ausbau der engen Zusammenarbeit aller Akteure.

Marzahn-Hellersdorf

"Wir schaffen das! - Biesdorf hilft!"

Gewinnen und aktivieren von Stadtteil-Bewohner durch die Nutzung bestehender Strukturen des Stadtteilzent-

rums Biesdorf für eine nachhaltige und aktive Willkommenskultur für Flüchtlinge.

Mitte

Generationsübergreifende Nachbarschaftsarbeit im Parkviertel:

Generationsübergreifendes aktivieren von Bewohnerinnen und Bewohnern mit und ohne Migrationshintergrund sowie Stärken der Identifikation mit dem Parkviertel.

Neukölln

Bewohneraktivierung im Harzer Kiez:

Entwicklung einer Organisationsstruktur für die Zusammenarbeit aller Beteiligten auf Basis vorhandener Netzwerke. Schaffung und Begleitung niedrigschwelliger Beteiligungsformen.

Pankow

Wiedernutzbarmachung Sportplatz Buch:

Das ungenutzte Sportgelände soll durch gemeinsame nachbarschaftliche Bürgeraktionen als Begegnungsort für Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Bucher Bürgerinnen und Bürger reaktiviert und wieder genutzt werden.

Reinickendorf

"Wohnen und Leben im Märkischen Viertel" - ein integratives, dezentrales Wohnprojekt für Roma-Familien: Kooperationen sollen gestärkt werden. Interkulturelle Begegnungen sollen gefördert und den Roma-Familien im Märkischen Viertel eine neue Heimat gegeben werden.

Tempelhof-Schöneberg

- Waldsassener Straße - Integration von Flüchtlingen: Die Willkommenskultur soll gestärkt werden. Geflüchtete sollen zu Multiplikatoren neu ankommender Geflüchteter geschult werden. Begegnungsmöglichkeiten sollen geschaffen und die Vernetzung aller Akteure gefördert werden.
- Integriertes Stadtteilverfahren Germaniagarten: Die Seniorenfreizeitstätte "Berliner Bär" soll strategisch zu einem generationsübergreifenden Nachbarschaftstreff mit niedrigschwelligem Beratungsangeboten ausgerichtet werden.

Treptow-Köpenick

Bunte Nachbarschaft im Allende-Viertel Berlin: Durchführung kleinteiliger Maßnahmen zur Integration, Nachbarschaftspflege und Identifizierung mit dem Wohnumfeld sowie Hilfe zur Selbsthilfe für bestehende Bewohnerschaft und Neubewohner aus den Flüchtlingsunterkünften.

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Flüchtlinge mit Behinderung – Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderungen verbessern -
Abgeordneter: Lehmann, Rainer-Michael (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17791.pdf>

Titel: Stadtteilmütter und Integrationslots(inn)en-Wege in Beschäftigung oder Sackgasse I (Chancen der Weiterbeschäftigung und/oder Anschlussförderung)
Abgeordnete: Kahlefeld, Dr. Susanna (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17837.pdf>

Titel: Stadtteilmütter und Integrationslots(inn)en-Wege in Beschäftigung oder Sackgasse I (Job- Coaching: Form-Ergebnis-Konsequenzen)
Abgeordnete: Kahlefeld, Dr. Susanna (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17838.pdf>

Titel: Gewaltbereite Rechtsextreme in Berlin
Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17835.pdf>

Titel: Geflüchtete Datenerfassung II – Auswirkungen des Datenerfassungsbeschleunigungsgesetz
Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17864.pdf>

Titel: Was plant der Senat in der Grumbkowstraße?
Abgeordneter: Otto, Andreas (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17882.pdf>

Titel: Staatliche Enteignung – die Bargeld- und Vermögensabgabe von Flüchtlingen im Land Berlin
Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17887.pdf>

Titel: Wie unterstützen das Land Berlin und die Senatschulverwaltung Schulen im sozialen Brennpunkt Hellersdorf Mitte / Nordost?
Abgeordnete: Hiller, Dr. Gabriele (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17893.pdf>

Titel: Organisierte Kriminalität in Berlin – Netzwerke in der Flüchtlingsunterbringung? II
Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17899.pdf>

Titel: Freies W-LAN in Unterkünften für Geflüchtete
Abgeordneter: Eggert, Björn (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17901.pdf>

Titel: Publikationen und Veranstaltungen des Berliner Verfassungsschutzes im Jahr 2016
Abgeordneter: Lenz, Stephan (CDU)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17872.pdf>

Titel: Postzustellung für Asylsuchende durch LAGeSo und Betreiber Adressänderung durch das LAGeSo an das BAMF (II)
Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17886.pdf>

Titel: Hass im Internet: Was tut die Berliner Staatsanwaltschaft?
Abgeordneter: Behrendt, Dirk (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17889.pdf>

Titel: Neue Ressourcen für geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Schulen?
Abgeordnete: Remlinger, Stefanie (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17907.pdf>

Titel: Wer ist in der Bildungsverwaltung für Flüchtlingskinder zuständig?
Abgeordnete: Remlinger, Stefanie (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17908.pdf>

Titel: Befristete KITA-Gutscheine für Geflüchtete – Warum?

Abgeordneter: Schatz, Carsten (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17911.pdf>

Titel: Unterbringung von weiteren geflüchteten Menschen auf dem Tempelhofer-Feld Die Drucksachen

Abgeordneter: Eggert, Björn (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17826.pdf>

Titel: Linksextremistische „Antifa nordost“ will CDU und SPD das „rassistische Maul stopfen“ und der Bezirk Pankow bewirbt dies?

Abgeordneter: Stettner, Dirk (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17866.pdf>

Titel: Sprachförderung unter veränderten Vorzeichen an den Berliner Schulen

Abgeordnete: Remlinger, Stefanie (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17967.pdf>

Titel: Prognose der Entwicklung der Schülerzahlen

Abgeordnete: Kittler, Regina (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17985.pdf>

Titel: Schulbuchstudie Migration und Integration

Abgeordnete: Kittler, Regina (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17986.pdf>

Titel: Unterbringung von Geflüchteten in Privatwohnungen – Die bessere Alternative?

Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17898.pdf>

Titel: Antisemitische Delikte (IV) - "Israel-Palästina-Konflikt"

Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17923.pdf>

Titel: Noch mehr offene Fragen zum Mord an Burak B.:

Konsequenzen aus den Ermittlungen zum NSU

Abgeordnete: Bayram, Canan (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17926.pdf>

Titel: Noch mehr offene Fragen zum Mord an Burak B.: Ermittlungen im Zusammenhang mit Rolf Z., dem mutmaßlichen Mörder von Luke H.

Abgeordnete: Bayram, Canan (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17927.pdf>

Titel: Noch mehr offene Fragen zum Mord an Burak B.: Ermittlungen in Richtung eines rechten/rassistischen Motivs

Abgeordnete: Bayram, Canan (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17928.pdf>

Titel: Noch mehr offene Fragen zum Mord an Burak B.: Nachfrage zur Schriftlichen Anfrage auf Drucksache 17/11880

Abgeordnete: Bayram, Canan (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17929.pdf>

Titel: Noch mehr offene Fragen zum Mord an Burak B.: Operative Fallanalyse

Abgeordnete: Bayram, Canan (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17924.pdf>

Titel: Noch mehr offene Fragen zum Mord an Burak B.: Verfassungsschutz und Staatsschutz

Abgeordnete: Bayram, Canan (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17925.pdf>

Titel: Notunterkunft Erpelgrund – Wenn die Heimleitung rassistisch wird

Abgeordneter: Delius, Martin (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17902.pdf>

Titel: Ermittlungen gegen Angehörige des Diplomatischen Dienstes in Berlin (Statistik 2015)

Abgeordneter: Trapp, Peter (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17919.pdf>

Titel: Kontrolle von Flüchtlingsunterkünften im Jahr 2015

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17940.pdf>

Titel: Rechtsextreme Demonstration am 12. März in Berlin

Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17888.pdf>

Titel: This place is a shelter - Mindeststandards für Notunterkünfte

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17941.pdf>

Titel: Die „Bewo“ als Betreiberin von Flüchtlingsunterkünften – Wer steckt dahinter und was passiert mit den Beschwerden gegen diese?

Abgeordneter: Lauer, Christopher (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17965.pdf>

Titel: Erneute Übergriffe von Sicherheitsdienstmitarbeiter/-innen am LAGeSo

Abgeordneter: Lauer, Christopher (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17966.pdf>

Titel: Wenn nur der Profit zählt (IX) – Überforderung des Betreibers Akzente und Ausbeutung in der Notunterkunft Geibelstraße

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17970.pdf>

Titel: Ist der Schutz jüdischer Einrichtungen in Berlin gesichert?

Abgeordneter: Lederer, Dr. Klaus (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17976.pdf>

Titel: Anerkennungen von Vaterschaften für ausländische EU-Bürger*innen

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18016.pdf>

Titel: Arbeit für Geflüchtete: Arbeitsgelegenheiten für Asylsuchende und Geduldete (II)

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18001.pdf>

Titel: Verpflegung in Gemeinschaftsunterkünften infolge verzögerter Leistungsgewährung im LAGeSo

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18002.pdf>

Titel: Verlorengegangene Ausweisdokumente von Geflüchteten und Asylsuchenden

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18003.pdf>

Titel: Situation von geflüchteten Menschen mit Behinderungen (II):

Versorgung

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18021.pdf>

Titel: „Paralleljustiz“: Wieder nur Public Relations des Justizsenators oder beherzte Bearbeitung eines vielschichtigen gesellschaftlichen Phänomens?

Abgeordneter: Lederer, Dr. Klaus (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18060.pdf>

Titel: Situation von geflüchteten Menschen mit Behinderungen (III):

Informationszugang

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18020.pdf>

Titel: Situation von geflüchteten Menschen mit Behinderungen (I): Wohnen

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18022.pdf>

Titel: Wie steht der Senat zum Kreuzberger Myfest?

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18029.pdf>

Titel: Ghettoisierung verhindern – Keine Beschulung von Kindern und Jugendlichen in den Unterkünften

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18042.pdf>

Titel: Rechtsextremismus – Irre Reichsbürger in Berlin
Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18046.pdf>

Titel: Schüsse auf die Flüchtlingsunterkunft im Allende Viertel – Wie ist der Stand der Ermittlungen?

Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18050.pdf>

Titel: Organisierte Kriminalität in Berlin – Private Sicherheitsunternehmen in Flüchtlingsunterkünften

Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18052.pdf>

Titel: Flüchtlingsunterbringung in Selchow 2015

Abgeordneter: Evers, Stefan (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18056.pdf>

Titel: Warten auf einen Beistand. Wann bekommen minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Berlin einen Vormund?

Abgeordnete: Burkert-Eulitz, Marianne (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17991.pdf>

Titel: Wundersame Reduzierung von Geflüchteten – Wie verschwinden Kinder bei der Erfassung durch das LaGeSo und die BUL? Nachfrage zur Schriftlichen Anfrage: Situation von Berliner Kindern, die in Notunterkünften leben (Drucksache 17 / 17 618)

Abgeordnete: Burkert-Eulitz, Marianne (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17910.pdf>

Titel: Auf der Suche nach den verschwundenen Kindern? Was unternimmt der Berliner Senat?

Abgeordnete: Burkert-Eulitz, Marianne (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17992.pdf>

Titel: Fördertöpfe für den internationalen Jugendaustausch in Berlin.

Abgeordneter: Verrycken, Frédéric (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18083.pdf>

Titel: Alleinreisende Frauen in Berliner Flüchtlingsunterkünften

Abgeordnete: Bangert, Sabine (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18035.pdf>

Titel: Medizinische Versorgung von Geflüchteten (I): Konzept und Umsetzung

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18041.pdf>

Titel: Bewertung von Standesbeamtenstellen – stehen die Standesämter bald zwischen Ausverkauf und Personalüberhang?

Abgeordneter: Birk, Thomas (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18058.pdf>

Titel: Chaos im LAGeSo –

Flüchtlinge vor dem Sozialgericht (I)

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18072.pdf>

Titel: Chaos im LAGeSo –

Flüchtlinge vor dem Sozialgericht (II)

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18073.pdf>

Titel: Unlautere Geschäfte mit der Unterbringung von Flüchtlingen?

Abgeordneter: Eggert, Björn (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18076.pdf>

Titel: Organisierte Kriminalität in Berlin – Dolmetscherinnen und Dolmetscher für das Land Berlin

Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18081.pdf>

Titel: Sicherheitsfirmen in Berliner Unterkünften für Geflüchtete – Aktueller Stand

Abgeordneter: Lauer, Christopher (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18092.pdf>

Titel: Objekte zur Flüchtlingsunterbringung (V): Ehemaliges Park-Sanatorium in Dahlem

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18094.pdf>

Titel: Objekte zur Flüchtlingsunterbringung (IV): Gaswerksiedlung in Köpenick

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18095.pdf>

Titel: Objekte zur Flüchtlingsunterbringung (VI): Jägerstraße 10-11 in Mitte

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18112.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER
EUROPAPORTAL**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfalt und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/EU>

BMI:

67.797 ASYLANTRÄGE IM FEBRUAR 2016

Im Februar 2016 wurden beim BAMF insgesamt 67.797 Asylanträge gestellt - ein Anstieg um 159,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat Februar 2015

Entschieden hat das Bundesamt im Februar 2016 über die Anträge von 51.528 Personen. Dies bedeutet einen Anstieg von 193,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat Februar 2015 (17.580 Entscheidungen). 33.516 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention (65,0 Prozent aller Asylentscheidungen).

Zudem erhielten 270 Personen (0,5 Prozent) subsidiären Schutz im Sinne der EU-Richtlinie 2011/95/EU. Bei 287 Personen (0,6 Prozent) wurden Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Im EASY-System wurden im Monat Februar 2016 bundesweit 61.428 Zugänge von Asylsuchenden registriert. Das EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Bei den EASY-Zahlen sind Fehl- und Doppelerfassungen wegen der zu diesem Zeitpunkt noch fehlenden erkennungsdienstlichen Behandlung und der fehlenden Erfassung der persönlichen Daten nicht ausgeschlossen.

Zu der Entwicklung der Asylbewerberzahlen erklärt Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière:

"Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat in den Monaten Januar und Februar bereits mehr als 100.000 Entscheidungen über Asylanträge getroffen. Das sind mehr als in den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 zusammen.

Diese beachtliche Steigerung ist auf den Personalzuwachs, Mehrarbeit und die im Bundesamt bereits vorgenommenen Verbesserungen der Abläufe des Asylverfahrens, den stetigen Personalaufwuchs und das große Engagement der im Bundesamt tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zurückzuführen. Ihnen und der neuen Leitung gilt mein Dank und meine Anerkennung. Wir sind noch nicht am Ende des Weges, aber wir sind ein gutes Stück vorangekommen."

Weiter in der Mitteilung mit den Zahlen im Einzelnen unter:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungn/DE/2016/03/asylantraege-februar-2016.html>

[PM BMI v. 08.03.2016; RED]

AMIF-INFOBRIEF 01/2016 ERSCHIENEN

Mit diesen Informationen unterrichtet die EU-Zuständige Behörde beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über den jeweils aktuellen Stand

- der EU-Fondsverwaltung für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF),
- der Aufforderungen zur Einreichung von Anträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem AMIF (Aufforderung),
- der Auswahlverfahren für Projekte und der Vergabe von Fördermitteln aus dem AMIF sowie
- von Entscheidungen des Europäischen Parlamentes, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission.

Download:

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/EU_AMIF/2016-001-info-brief.html

"FUNKHAUS EUROPA": KÜRZUNGEN ZURÜCK NEHMEN, MIGRANTENQUOTE EINFÜHREN

Stellungnahme der Neuen deutschen Medienmacher zu den Kürzungsplänen des WDR für "Funkhaus Europa"

Eine „Programmreform“ nennt der Sender seine geplanten Kürzungen bei den muttersprachlichen Sendungen und im Musikprogramm. Mit der Einführung einer täglichen, halbstündigen Sendung für geflüchtete Menschen versucht er, der Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Doch neue Angebote für Geflüchte-

te dürfen nicht gegen etablierte Angebote für alteingesessene Einwanderergruppen ausgespielt werden. Beides gehört zum Integrationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Oft sind die muttersprachlichen Angebote ab 18 Uhr die einzige Möglichkeit, um sich hierzulande politisch unabhängig und qualitativ hochwertig zu informieren und Wissenswertes aus den Communities zu erfahren. Kaum jemand berichtet ausdauernd über den NSU-Prozess als die türkischsprachige Redaktion im Funkhaus Europa. Zudem bilden die Sprachenangebote ein Gegengewicht zu den zunehmend staatlich kontrollierten Medienangeboten der Herkunftsländer.

Die Live-Sendungen sollen halbstündigen, bereits vorausgezeichneten Sendungen weichen, die zwei Stunden vor ihrer Ausstrahlung ins Netz gestellt werden. Unsere Befürchtung ist, dass damit der Online-Ausgliederung der Muttersprachenprogramme Vorschub geleistet wird - um ein "durchhörbares", mainstreamiges Programm an diesem Sendeplatz zu etablieren.

Wir halten dagegen: Eine Einwanderungsgesellschaft und ein der Interkulturalität verpflichteter, öffentlich-rechtlicher Rundfunk müssen Vielfalt, auch in den Sprachen, aushalten und fördern. Statt die speziellen Angebote für diese Zielgruppen zu kürzen, sollte sich der WDR lieber eine Quote geben, um den Anteil an Mitarbeitern mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen zu erhöhen - bis er dem Durchschnitt der Bevölkerung entspricht.

Öffentlich-rechtliche Sendeanstalten haben einen Programmauftrag. Sie sollten berücksichtigen, dass ein gutes Fünftel der Menschen in Deutschland eine Einwanderungsgeschichte besitzt und mehrsprachig aufwächst.

Wir fordern deshalb den WDR auf, seine Pläne ernsthaft zu überdenken.

Der Vorstand der Neuen deutschen Medienmacher
03. März 2016

Die Neuen deutschen Medienmacher sind eine Organisation von Medienschaffenden mit und ohne Migrationsgeschichte, die für mehr Vielfalt in den Medien eintreten.

Kontakt

Neue deutsche Medienmacher
Goltzstraße 39
10781 Berlin

Tel.: (030) 269 472-30

E-Mail: info@neuemedienmacher.de
Internet: <http://www.neuemedienmacher.de>

„Verband Muslimische Flüchtlingshilfe (VMF)“:

MUSLIMISCHE FLÜCHTLINGSHILFE GEGRÜNDET

Islamische Dachverbände haben sich zu einem „Verband Muslimische Flüchtlingshilfe (VMF)“ zusammengeschlossen

In einem Gründungsakt haben sich die muslimischen Dachverbände, der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, sowie die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden (IGS) am Mittwoch (09.03.2016) in Frankfurt zusammengeschlossen. Vorrangiges Ziel des Vereins ist die Koordinierung der bereits bestehenden Flüchtlingsarbeit der Mitgliedsorganisationen sowie seinen Ausbau, auch im Hinblick einer verbesserten Wohlfahrtsarbeit.

"Angesichts der Flüchtlingssituation stehen vor allem wir Muslime vor großen Herausforderungen. Es ist wichtig und notwendig, die Kräfte zu bündeln, um die neu ankommenden Menschen bestmöglich zu unterstützen, sie aufzunehmen und ihnen eine Perspektive zu bieten", sagte die neugewählte Vorsitzende des Verbandes, Nurhan Soykan, die auch Generalsekretärin des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD) ist. Ihre in den geschäftsführenden Vorstand gewählten Stellvertreter sind: Murat Gümüş, Generalsekretär des Islamrates für die BRD und Dawood Nazirzadeh, Vorstandsmitglied der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands.

Der „Verband Muslimische Flüchtlingshilfe (VMF)“ erklärt sich ausdrücklich offen für die Aufnahme weitere Mitgliedsorganisationen und Einzelpersonen und bekundete in einem heutigen Schreiben an die zuständigen Ministerien seine Hilfe und Unterstützung für die Bewältigung der Flüchtlingsarbeit in der Bundesrepublik.

„Denn“, so der das Vorstandsmitglied Murat Gümüş, „die Mitglieder der Dachorganisationen seien zwar vielfältig aktiv in der Flüchtlingshilfe, doch bestehe Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf, um die Dienstleistungen effektiver und effizienter zu machen“. Der neu gegründete Verband soll diese Aufgabe übernehmen und darüber hinaus neue Projekte konzipieren. Um diesen Kraftakt zu stemmen seien sowohl ehrenamtliche als auch hauptamtliche Helfer nötig. „Sie zu koordinieren erfordere ein strukturelles Vorgehen und einen institutionellen Unterbau. Auch dies soll mit dem neu gegründeten Verein etabliert werden“, ergänzte VMF-Vorstandsmitglied Dawood Nazirzadeh.

Internet: <http://www.zentralrat.de/fluechtlinge>

[PM v. 10.03.2016]

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Nächster Start: 04.04. -

ARBEITEN UND LERNEN IN EUROPA Berufspraktika in Frankreich, Polen, den Niederlanden und Schweden

Das Projekt job destination europe (<http://www.job-destination-europe.net>) bietet jungen Arbeitssuchenden zwischen 18 und 35 Jahren einen intensiven Sprachkurs in Englisch oder Französisch, eine individuelle Berufswegeplanung, die Vermittlung von Praktika im Ausland und Unterstützung bei der Suche nach Arbeit oder Ausbildung.

Nächster Start:

4. April 2016, Beginn der Qualifizierung für eine Gruppe von 10 jungen Arbeitssuchenden mit Auslandsaufenthalt in Frankreich (Marseille) von Mitte Mai bis Mitte Juli 2016.

Das Programm basiert auf den Erfahrungen und dem Netzwerk des Projektes ‚Job Destination Airport‘ (<http://www.job-destination-airport.net>), in dessen Rahmen zwischen 2010 und 2014 über 200 junge Berlinerinnen und Berliner ein betriebliches Praktikum in Frankreich, Finnland, Schweden oder den Niederlanden absolviert haben. 80% der Teilnehmenden konnten in Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden. Machen Sie sich fit für eine Arbeit im internationalen Dienstleistungs- oder Handwerksbereich und bewerben Sie sich mit Ihrem Lebenslauf für das Programm JOB DESTINATION EUROPE.

JOB DESTINATION EUROPE ist ein Kooperationsprojekt von Bildungsmarkt e.V. und der u.bus Gesellschaft für regionale Entwicklung und europäisches Projektmanagement mbH.

Bewerbung/ Kontakt

E-Mail: contact@job-destination-europe.net

Internet: <http://www.job-destination-europe.net>

Informationen unter: (030) 397 391 903

12.04., SOR/GEW-Seminar:
**Klimawechsel in der Schule –
 WEGE ZUR
 DISKRIMINIERUNGSFREIEN SCHULKULTUR**

**Dienstag, 12. April 2016
 von 10:00 bis 16:30 Uhr**

**Ort: GEW-Berlin
 Ahornstraße 5
 10787 Berlin-Schöneberg**

Artikel 1. GG lautet: "Die Würde des Menschen ist unantastbar". Die Realität sieht anders aus: Einstellungen, die davon ausgehen, dass manche Menschen aufgrund von Eigenschaften wie ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, ihrer körperlichen Fähigkeiten, geistigen Verfasstheit oder aufgrund der sexuellen Orientierung oder sozialen Status mehr wert seien als andere, sind weit verbreitet. Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rassismus, Homophobie, Antisemitismus oder Frauenfeindlichkeit dienen der Legitimation von Diskriminierung und Unterdrückung von Gruppen. Derartigen Haltungen gilt es effektiv entgegen zu wirken.

Das Seminar konkretisiert das „Lernziel Gleichwertigkeit“ und präsentiert in der Praxis bewährte Schritte hin zu einer positiven Schulkultur. Großen Stellenwert hat dabei ein umfassendes, multidimensionales Präventionskonzept, das auf der Vernetzung und Kooperation schulischer wie außerschulischer Akteure und nachhaltigen Strukturen basiert.

Referentin: Sanem Kleff,
 Leiterin Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Anmeldung:

https://www.gew-berlin.de/ssl/526_14299.php

Teilnahmegebühr:

40 €, für GEW-Mitglieder kostenlos.

Das Seminar wird als Bildungsurlaub anerkannt.

Kontakt

Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage
 Landeskoordination
 Ahornstraße 5
 10787 Berlin-Schöneberg

Tel.: (030) 21 45 86 – 15
 Fax: (030) - 21 45 86 – 20

E-Mail: schule@aktioncourage.org
 Internet: <http://www.schule-ohne-rassismus.org>

03.05., Info-Veranstaltung:
**EINSTIEGE IN AUSBILDUNG
 UND DUALES STUDIUM MIT ZUKUNFT -
 Enter Technik und Partner-Unternehmen
 stellen sich vor**

Anmeldefrist: **30.04.2016**

Eine Informationsveranstaltung für Eltern
 im Aus- und Fortbildungszentrum von Vattenfall

**03.05.2016 (17 – 19 Uhr)
 Veranstaltungsort:
 Vattenfall Europe Wärme AG,
 Aus- und Fortbildungszentrum
 Naumburger Straße 15
 12057 Berlin**

In keinem anderen Bereich sind die Übernahmechancen und Verdienstmöglichkeiten in Berlin so gut wie in den technischen Berufen. Dennoch ziehen besonders junge Frauen diesen Karriereweg nach der Schule kaum in Betracht. Enter Technik nimmt genau darauf Bezug und begleitet Schulabsolventinnen nach dem mittleren Schulabschluss oder Abitur während eines Orientierungsjahres in verschiedenen Berliner Partnerunternehmen wie z.B. bei den Berliner Wasserbetrieben, bei der BSR, Vattenfall, Bombardier und viele mehr. Die Praktika dauern jeweils drei Monate und werden vergütet. Am Dienstag, den 03. Mai 2016 stellen LIFE e.V. und Partner-Unternehmen das Programm Eltern näher vor. Die Ausbilder/innen und Auszubildende aus den beteiligten Unternehmen geben Auskunft über die technischen Berufsausbildungen und das Duale Studium und stehen für Fragen zur Verfügung.

Bei LIFE e.V. wird Vielfalt gelebt, unser Angebot richtet sich daher ausdrücklich an Familien aller Nationalitäten.

Kontakt und Anmeldung

Julia Mi-ri Lehmann
 Enter Technik-Technisches Jahr für junge Frauen
 Rheinstraße 45-46
 12161 Berlin

Tel: (030) 308 798 31

E-Mail: lehmann@life-online.de
 Internet: <http://www.life-online.de/>

NeuSTART

START-Stipendien für neu zugewanderte, motivierte Jugendliche zu vergebenFrist: **20.05.2016**Bewerbungen sind vom **15. März bis 20. Mai 2016** online unter <http://www.start-stiftung.de> möglich.

Das START-Schülerstipendienprogramm widmet sich seit 2002 erfolgreich der Potential- und Engagement Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Mit diesen Erfahrungen und einem Netzwerk aus engagierten Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte konzentriert sich START ab jetzt auf die Unterstützung neu zugewanderter junger Menschen, die erst seit wenigen Jahren in Deutschland leben (bis zu 5 J.).

START begleitet sie zwei Jahre lang mit materieller und ideeller Förderung auf ihrem Bildungsweg – unabhängig von ihrer aktuellen Schulform und dem angestrebten Schulabschluss. Das Stipendium unterstützt die Jugendlichen dabei, ihre Potenziale zu entfalten, Bildungsziele aktiv anzugehen und den eigenen Weg zu finden.

Wie fördert START?

Finanzielle Unterstützung, vielfältige Bildungsangebote, eine persönliche Betreuung und ein starkes Netzwerk aus Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ihren Weg bereits erfolgreich gegangen sind - START bietet den neu zugewanderten Jugendlichen die Chance, schneller in Deutschland anzukommen, sich weiterzuentwickeln und einen Bildungsabschluss zu erreichen, der ihren Fähigkeiten entspricht.

Die Stipendiaten erhalten bei der Aufnahme einen Laptop und Drucker und werden zwei Jahre lang mit 100 EUR Bildungsgeld pro Monat und einem umfangreichen Bildungsprogramm aus Seminaren, Workshops, Exkursionen, Beratungsangeboten, etc. auf ihrem Bildungsweg begleitet. Sie profitieren darüber hinaus von einem aktiven Netzwerk aus rund 630 Stipendiaten und rund 1500 Ehemaligen.

Wer kann sich bei START bewerben?

Wir suchen motivierte Schülerinnen und Schüler aller Schularten, die

- erst seit wenigen Jahren in Deutschland leben (bis zu etwa 5 Jahre),
- Interesse an schulischer und persönlicher Weiterentwicklung haben und hohe soziale Kompetenzen aufweisen,
- mindestens in der 8. Klasse sind und noch mindestens zwei weitere Jahre eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen,
- zwischen 14 und 21 Jahre alt sind,
- in finanziell schwierigen Verhältnissen leben.

In den nächsten Tagen erhalten alle weiterführenden Schulen die ausführlichen Informationen zur Ausschreibung.

Kontakt

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft Berlin
Daniela Borck
START Landeskoordinatorin Berlin
II A 3 Bo
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin

Tel. (030) 90227 5731

E-Mail: daniela.borck@senbjw.berlin.deInternet: <http://www.start-stiftung.de>

Ab 18.04., LIFE e.V.,

Fit für den Arbeitsmarkt:

**PROJEKTMANAGEMENT FÜR FRAUEN
AUS ALLEN KULTUREN****Dauer: 18. April – 29 Juni 2016,****Veranstaltungsort:****LIFE e.V., Rheinstraße 45
12161 Berlin-Friedenau**Info-Faltblatt: http://www.life-online.de/download/20160203_PM_LIFE.pdf

Der Frauenbildungsträger LIFE e.V. bietet ab April die elfwöchige Weiterbildung „Projektmanagement für Frauen aus allen Kulturen“ an. Akademikerinnen können sich hier weiter qualifizieren und fit machen für den Arbeitsmarkt. Das Angebot wird in Teilzeit in Berlin-Friedenau durchgeführt. Förderung der deutschen Fachsprache ist inbegriffen.

Kosten: Selbstzahlerin oder Bildungsgutschein
Mehr Informationen finden Sie unter

http://www.life-online.de/angebote/arbeitsmarkt/a_projektmanag.html

Kontakt und Anmeldung

LIFE e.V.
Rotraud Flindt

Tel: (030) 308798-18

E-Mail projektm@life-online.deInternet: <http://www.life-online.de>

Workshops/ Tagungen

14.04., Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA)
Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.,

Einladung zur Fachveranstaltung:

KOMPETENT – TEILHABEN – GESTALTEN
Vorstellung des AMIF-Projekts
„Interkulturelles Kompetenzzentrum
für Migrant*innenorganisationen Berlin (IKMO)“

Anmeldefrist: **07.04.2016**

**14. April 2016,
14.30-18.00 Uhr
im Nachbarschaftshaus
Urbanstraße
Urbanstraße 21
10961 Berlin-Kreuzberg**



Die Vereine Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e. V., Club Dialog e. V. (CD) und der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg e. V. (TBB) führen seit 2015 gemeinsam im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und mit Mitteln des Integrations- und Partizipationsprogramms des Landes Berlin das Projekt „Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*innenorganisationen Berlin (IKMO)“ durch.

Dabei steht die Stärkung der Kompetenzen und Potenziale von Migrant*innenorganisationen im Mittelpunkt der vielfältigen Angebote und Aktivitäten des Kooperationsprojekts. Migrant*innenorganisationen werden für ihre Entwicklung individuell beraten, qualifiziert, vernetzt und gefördert. Das Projekt setzt sich für mehr Beteiligung und mehr Teilhabegerechtigkeit für Migrant*innen und deren Organisationen im Land Berlin ein. Das Projekt möchte bei dieser Fachveranstaltung seine Arbeit der Öffentlichkeit präsentieren und lädt im Anschluss zu einem gemeinsamen Austausch über für Migrant*innenorganisationen relevante Themen ein.

Programm:

14.30-15.00 Uhr
Empfang/Registrierung

15:00-15:20 Uhr
Vorstellung des Projekts
(Geschäftsführer*innen von VIA, TBB und Club Dialog)

15:20-16:20 Uhr
Präsentationen der jeweiligen Teilprojekte
(Mitarbeiter*innen des IKMO und beteiligte Migrant*innenorganisationen)

16:20-16:30 Uhr
Kulturprogramm

16:30-17:00 Uhr: Pause

17:00-18:00 Uhr

World-Cafe zu den Themen:

1. Qualifizierung und Vernetzung von MO
2. MO und Projektförderung
3. MO und Freiwilligendienste

Moderation (voraussichtlich): Türkiz Talay-Dietrich

Kontakt und Anmeldung:

VIA Regionalverband Berlin/Brandenburg e. V.
Petersburger Straße 92
10247 Berlin

Tel.: (030) 29 00 71 55
Fax: (030) 29 00 71 54

E-Mail: ikmo@via-in-berlin.de

Internet:

<http://www.via-in-berlin.de/projekte/projekt-ikmo/>

08./09.04., bpb:

DIGITALE BILDUNG UND GEFLÜCHTETE
Open Space für Diskussion und Vernetzung
am 8. und 9. April 2016 in Berlin

Open Space Digitale Bildung und Geflüchtete
08. April 2016 (14 bis 20:00 Uhr)
und 9. April 2016 (9:30 bis 16:00 Uhr)
Colonia Nova
Thiemannstraße 1
12059 Berlin

Laut Bundesregierung sind ein Drittel der in Deutschland ankommenden Geflüchteten Jugendliche. Viele werden mittelfristig in Deutschland bleiben und sollen an Bildung teilhaben können. Lehrkräfte in Schule und außerschulischer Bildung stehen vor der Herausforderung, diese Teilhabe zu ermöglichen. Digitale Bildung und besonders mobile Online-Angebote zum Beispiel für das Smartphone können dabei sinnvolle Ergänzungen sein.

Die Werkstatt der bpb bietet Bildungsakteuren aller Ebenen eine Plattform für den Austausch über digitale Bildung in der Praxis. Im Zentrum des Open Space stehen bereits vorhandene und noch fehlende Bildungsangebote. Inputs von Lehrkräften und ehemaligen Geflüchteten spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Möglichkeit, Projekte, Initiativen und Ideen vorstellen zu können. Im Open-Space-Format können Themen konkretisiert, Erfahrungen abgeglichen, Projekte weiterentwickelt und Handlungsvorschläge formuliert werden.

Partner der Veranstaltung sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Goethe-Institut und das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR).

Details zum Programm und zur Anmeldung unter: <http://www.bpb.de/219286/>

Kontakt für inhaltliche Rückfragen:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Tim Schmalfeldt
Tel.: (030) 254504-431
E-Mail tim.schmalfeldt@bpb.de

11.04., Expertengespräch in der ESMT:

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE IMPLIKATIONEN DER FLÜCHTLINGSMIGRATION

Jochen Andritzky,
Generalsekretär beim Sachverständigenrat zur
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung:

Wirtschaftspolitische Implikationen der Flüchtlingsmigration

11. April 2016, 12:30 - 13:30 Uhr
(Registrierung & Empfang ab 12.00 Uhr)
**ESMT European School of Management
and Technology**
Schlossplatz 1
10178 Berlin

Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten gezwungen sein, seine Zukunftsfähigkeit in einer immer stärker zusammenrückenden Welt unter Beweis zu stellen. Bisher schienen viele der drängendsten globalen Probleme - Krieg und Vertreibung, Wirtschaftskrisen und absolute Armut - für das Leben in Deutschland von vergleichsweise geringer Bedeutung zu sein. Doch jetzt suchen hunderttausende Flüchtlinge in Europa Schutz und eine neue Zukunft. Im Rahmen seines Vortrages geht Jochen Andritzky der Frage nach, ob Deutschland in der Lage sein wird, die aus der Flüchtlingsmigration erwachsenden wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern.

Jochen Andritzky ist Generalsekretär beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seit Juni 2015. Zuvor war er neun Jahre lang beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington D.C. beschäftigt. Dort befasste er sich intensiv mit der Krise im Euroraum. Von 2008 bis 2010 wurde er vom IWF als Berater der Nationalbank der Ukraine nach Kiew entsandt. Dr. Andritzky absolvierte die Studiengänge Wirtschafts- und Staatswissenschaften an der Universität St. Gallen und promovierte dort zum Thema Schuldenkrisen nach einem Forschungsaufenthalt an der University of California UCSC.

Moderatorin:
Rajshri Jayaraman, Associate Professor of Economics,
ESMT
European School of Management and Technology

Anmeldung/ Kontakt

Anmeldung via Fax: (030) 259 219 444
oder E-Mail: events@hertie-school.org

Bei Rückfragen:
Communications (030) 259 219 118

Internet: <http://www.hertie-school.org>

Initiativen

Ausschreibung:
"DER DEUTSCHE ALTERSPREIS 2016"

Frist: **26.04.2016**

Mit dem Deutschen Alterspreis 2016 zeichnet die Robert Bosch Stiftung Initiativen aus, die einen neuen Blick auf das Thema Wohnen im Alter ermöglichen. Der Deutsche Alterspreis ist mit insgesamt 120.000 € dotiert und steht unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Manuela Schwesig.

Vielfältig Wohnen!

Die besten Ideen im und für das Alter.

Konzepte aus der Architektur schaffen eine barrierefreie und an die verschiedenen Lebensphasen anpassbare Wohnumgebung. Ansätze aus der Technik und dem Design erhöhen die Selbständigkeit in den eigenen vier Wänden. Alternative Formen des Wohnens erproben neue Wege des Zusammenlebens, die auch der wachsenden Pluralität von Lebensentwürfen und kulturellen wie religiösen Zugehörigkeiten in unserer Gesellschaft Rechnung tragen.

Wir wollen hieraus die besten Ideen für vielfältiges Wohnen im Alter auszeichnen. Alle Bewerbungen sollen mit Originalität überraschen, zukunftsweisende Lösungsansätze präsentieren und das Potential haben, als Vorbilder zu wirken.

Nähere Informationen zur Ausschreibung, zu den Preisträgern und Nominierten der Vorjahre und zur Bewerbung finden Sie auf der Website des Deutschen Alterspreises.

Bis zum 26. April 2016 ist die Bewerbung um den Deutschen Alterspreis 2016 ausschließlich online über das nachfolgende Bewerberportal möglich:

<https://bewerbung.boschstiftung-portal.de/onlinebewerbung/>

Kontakt

Robert Bosch Stiftung GmbH

Projektbüro Deutscher Alterspreis 2016
Christa Mohr-Folkmer

Kontakt-E-Mail: alterspreis@mohr-events.com
Hotline: (0800) 7774445
Website: <http://www.alterspreis.de>

Aus Projekten und Vereinen

PROJEKT AFROPOLITAN BERLIN Veranstaltungen im April/Mai

Hintergrund

Afropolitan will dazu beitragen, dass die Stimmen von jungen Menschen afrikanischer Abstammung in Berlin deutlicher vernehmbar werden. Das Projekt verknüpft für die Teilnehmenden Empowerment-Trainings und individuelle Beratungen mit einem reichen Programm kultureller und politischer Bildung. Hinzu kommen praxisorientierte Ausbildungsmodulare zur Multiplikatoren-schulung und Bildungsprojektentwicklung, mit denen die Projektteilnehmer*innen selber in die Gesellschaft hinein wirken.

Afropolitan setzt sich damit auch zum Ziel, den Teilnehmer*innen Berufsperspektiven u.a. im Kultur- und Veranstaltungsbereich, in der politischen Bildung, an Schulen und in zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen Rassismus zu eröffnen.

Sonntag, 24.04.2016, 12:00 – 16:00 Uhr

Workshop Kraft der Götter

Teil des Projekts AfroPolitan Berlin

Workshopleiter: Murah Soares

Workshop Beitrag 40,- €

Für Projektteilnehmer von AfroPolitan Berlin durch SenAIF gefördert und daher gratis.

Dieser Workshop führt ein in die rituellen Tänze und Gesänge der verschiedenen afro-brasilianischen Religionen. Es handelt sich um einen Workshop voller Energie und Lebendigkeit. Im Candomblé hat jeder Orixá einen charakteristischen Erkennungsrhythmus, einen aufrufenden Gesang und einen Tanz. Diese uralte und höchst effektive 'schamanische Technik' führt nicht selten zu einer Art Kommunikation zwischen Gott und Mensch. Der Gott steigt ab in den Menschen und der Mensch steigt zur „Gottheit“ empor. Man „tanzt mit den Göttern“.

Workshopreihe Afro-Percussion

Erster Termin 30. April/ 01. Mai 2016

13:00 – 16:00 Uhr

Workshopleiter: Fabiano Lima

Workshopreihe insg. 4 x 60 € = 240 €

Für Projektteilnehmer von AfroPolitan Berlin durch SenAIF gefördert und daher gratis.

In diesem Workshop werden wir Teile des Universums der afro-brasilianischen Musik erleben und ausprobieren. Viele verschiedene traditionelle afrikanische Rhythmen haben die brasilianische Musik stark beeinflusst - und sie tun es noch heute! Die Musikinstrumente Trommeln (Atabaques), Glocke (Gan) und Shaker (Agbe), ihre Funktionen und die Techniken sie zu spielen werden studiert. Eine (Wieder)Begegnung durch die Rhythmen der Afro-Diaspora mit unseren Wurzeln!

Kursinhalte: Geschichte der Rhythmen, Geschichte der Instrumente, Body Percussion, motorische Koordination, Ausführung an den Instrumenten, Gruppendynamik, Poly-Rhythmie.

Dieser Workshop findet an 4 Wochenenden (jeweils 6 Stunden) von März bis Juni statt und endet in einer Aufführung im Juli, in der das Gelernte vor Publikum präsentiert wird. Die Termine für den Workshop sind: 30.04./01.05., 07.05./08.05., 12.06./13.06., 16.07./17.07. Die Aufführung wird am 17.07. abends sein.

Ausführliche Informationen zu den Aktivitäten des Projekts unter <http://www.afropolitan.berlin>

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Kontakt

AfroPolitan Berlin

Forum Brasil e.V.

Möckernstraße 72

10965 Berlin

Tel.: (030) 780 960 54

E-Mail: info@afropolitan.berlin

Internet: <http://www.afropolitan.berlin>

AfroPolitan Berlin wird gefördert durch:

Senatsverwaltung für Frauen, Integration und Arbeit– Der Beauftragte für Integration und Migration

02.06., ADAS -

Diskriminierungsschutz an Schulen:

AUFTAKTVERANSTALTUNG DER BERLINWEITEN ANLAUFSTELLE FÜR DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ AN SCHULEN

Anmeldung bis: **30.05.2016**

Donnerstag, 02.06.16, 10 – 16:00 Uhr

Veranstaltungsort:

**LIFE e.V.
Rheinstraße 45
12161 Berlin**

Der Veranstaltungsraum in den Goerz-Höfen befindet sich im 1. Hof, Aufgang C, 3. OG (U-Bahn Walther-Schreiber-Platz/ S-Bahn: Feuerbachstr.)

Diskriminierung gehört zum Berliner Schulalltag. Betroffene können sich ab Juni 2016 an die berlinweite Anlaufstelle von LIFE e.V. wenden und erfahren dort vielseitige Unterstützung.

Interessierte und Unterstützer*innen sind herzlich eingeladen am 02.06.2016 mehr über die Anlaufstelle und ihre Wirkungsweisen zu erfahren.

Kontakt/ Anmeldung

Anmeldungen:

lehmann@life-online.de (bis spätestens 30.05.2016)
Projektleitung Aliyeh Yegane

Tel.: (030) 30 8798 27

E-Mail: yegane@life-online.de

BAYOUMA-HAUS der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.

Interkulturelles Gemeinwesenzentrum
in Friedrichshain-Kreuzberg

Programm April 2016 (Auszug)

Wir haben für Sie:

Mo. Di. und Do. 09:00 – 16:00 Uhr,

Mi. von 13:00 – 16:00 Uhr, Fr. 09:00 – 13:00 Uhr
und nach Vereinbarung geöffnet.

Nachbarschaftsangebote

Frau Natascha Garay

Einrichtungsleitung
Gesundheit & Kultur

Tel.: 29 04 91 36

E-Mail: n.garay@awo-spree-wuhle.de

Loan Nguyen

Senioren, Gemeinwesenarbeit

Tel.: 29 04 66 12

E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Frauenprojekt „Mariposa“

Frau Belinda Apicella

Frauen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten

Tel. 29 04 66 11

E-Mail: b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Veranstaltungen

Freitag, den 01. & 22. April, 18:00 -22:00 Uhr

Treff des spanischen Netzwerkes

15 M Berlín

Kontakt: <http://15mberlin.com/>

Freitag, den 29. April, 18:00 -22:00 Uhr

Treff des Vereins Estrella de Cuba e.V.

Kontakt: José Conde [conde_breuer@gmx.net]

Samstag, den 23. April, 13:00 – 19:00 Uhr

Treff des Vereins „der ehemaligen angolanischen Vertragsarbeiter im ehemaligen Ost-Deutschland (DDR) in Berlin-Brandenburg“ e.V.

Kontakt: munjunga augustojone

E-Mail: aujone@googlemail.com

Donnerstag, 07. April 14:00 - 16:00 Uhr

"Was bedeutet für mich älter werden?"

Vorführung des Fernsehbeitrags „Wechseljahre International“ von Angela Sommer, WDR

Anschließend offene Gesprächsrunde aus der Sicht von Frauen unterschiedlicher Herkunft.

Moderation Pia Mönch, Dipl.-Sozialpädagogin & Heilpraktikerin

Dienstag, 26. April 19:00 –20:30 Uhr

Anlässlich des Jahrestages der Befreiung Italiens vom Faschismus und von der deutschen Besetzung laden wir am 26. April um 19:00 Uhr zum Vortrag:

„La Resistenza: der Italienische Widerstand im Zweiten Weltkrieg und die politischen Deportierten in Berlin und Brandenburg (1943 – 1945)“ von Anna Ballarin Denti, u. a. Autorin und Historikerin, ein.

Veranstaltungen im April des Frauenprojektes Mariposa



montags, im Wechsel

10:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 16:00 Uhr

Hilfe bei Bewerbungen

Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Hilfe bei der Suche von Stellenangeboten mit Frau Kunze nur für Frauen, kostenlos. Anmeldung unter: 030 290 466 11

Montags 17:00 -18:30 Uhr

Nähwerkstatt mit Soledad

Angebot für sozial benachteiligte Frauen

Anmeldung unter: (030) 290 466 11

Unkostenbeitrag 20 € monatlich

Dienstags, 10:00 – 14:00 Uhr

psychologische Beratung für Mütter und Schwangere mit Dipl.

Psychologin Silvia Bonapace (italienisch & deutsch)

Terminvereinbarung unter 015203668205

und silvia.bonapace@studio.unibo.it

(Spendenbeitrag: 45 Minuten á 12 €)

Donnerstags 10:00 - 12:00 Uhr

psychologische Beratung für Frauen in Konfliktsituationen mit Dipl. Psychologin Inmaculada Martagón (spanisch)
Terminvereinbarung unter (0152) 23812941 oder per E-Mail psicologiaberlin@gmail.com.
(Spendenbeitrag: 45 Minuten á 12 €)

Freitag, 22. April 09:30 – 13:00

Workshop „Auswirkungen von EU-Verordnungen, internationalen Abkommen sowie des Familienrechts anderer EU-Mitgliedstaaten auf das Familienrecht in Deutschland“
Referentin: RA Svenja Schmidt-Bandelow

Teilnahme nur für **Fachpublikum und mit vorheriger Anmeldung** unter 030 – 294 466 11 oder b.apicella@awo-spree-wuhle.de. Kostenfreies Angebot

Kontakt

Bayouma-Haus
der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.
Frankfurter Allee 110 (zweiter Hinterhof, neben der Werkstatt „Box im Bogen“. 1. Etage)

10247 Berlin
Tel.: (030) 29 04 91 36 – Fax: (030) 29 04 91 29

E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Ausführliches Programm und Informationen unter:

Internet: <http://www.bayouma-haus.de>
<http://www.bayouma-gesundheit.de>
<http://www.awo-spree-wuhle.de>

Veranstaltungen

08.04.:

ROMADAY 2016

**Kundgebung für Solidarität
mit den Sinti und Roma Europas**

**8. April 2016, 12:00 Uhr
gegenüber dem Brandenburger Tor
Simsonweg, 10557 Berlin**

Das Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas setzt am 8. April 2016 anlässlich des ROMA-DAY ein sichtbares Zeichen gegen Antiziganismus.

Im Rahmen einer Kundgebung sprechen unter anderem

- Aydan Özoğuz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration,
- Soraya Post, Abgeordnete des Europäischen Parlaments,
- sowie Zoni Weisz, Überlebender der nationalsozialistischen Verbrechen

Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von mehr als zwanzig Organisationen aus Politik, Kultur und Zivilgesellschaft, die auf die europaweite Diskriminierung von Sinti und Roma aufmerksam machen möchten. Den gemeinsamen Aufruf des Bündnisses verlesen Rosa von Praunheim, Regisseur, Wana Limar, MTV-Moderatorin, und Arne Friedrich, ehem. Fußballnationalspieler.

Neben zahlreichen Gästen werden unter anderem Bundespräsident Joachim Gauck, die Bundestagsvizepräsidentinnen Petra Pau und Claudia Roth sowie Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, erwartet.

Weitere Informationen im Internet:

<http://www.stiftung-denk-mal.de/veranstaltungen/demnaechst/detail/article/roma-day-2016-kundgebung.html>
<http://www.romaday.org/>
<http://www.lsvd-blog.de/?p=12324>

Bis 08.04.:

"ROMNJA*POWER MONTH"

Das feministische Romnja* Archiv RomaniPhen und die IniRromnja veranstalten bis zum 8. April, dem Internationalen Tag der Roma einen einen Romnja* Power Month.

Der Romnja Power Month zielt auf eine angemessenen Sichtbarmachung von kritischen politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beiträgen von Roma* Frauen* sowie von feministischen Perspektiven.

Wir haben eine Reihe von informativen, empowernden und kreativen Veranstaltungen im Rahmen des Romnja*Power Month zusammengestellt. An diversen Orten in Berlin finden Lesungen, Podiumsdiskussionen, Theaterstücke und Vorträge, sowie am 8. April eine große Abschlussparty mit einem Live-Konzert statt.

Das Programm des Rromnja Power Month finden Sie hier:

http://www.via-in-berlin.de/wp-content/uploads/2016/02/Romnja-Power-Month-Programm_WEB.compressed.pdf

Internet:

<http://www.romnja-power.de/>

Akademie des Jüdischen Museums
Veranstaltungen im April 2016

6. April 2016: Angst ums Abendland
Buchvorstellung mit Daniel Bax

Rechtspopulistische Parteien wie die »Alternative für Deutschland« und Bewegungen wie die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« nutzen die Abneigung gegenüber Muslimen und ihrer Religion als Treibstoff. Doch antimuslimische Ressentiments sind in allen Schichten und über alle politischen Lager hinweg verbreitet – in ganz Europa.

Eine übersteigerte Angst vor Muslimen droht jedoch die Grundlagen dessen zu zerstören, was Europa ausmachen sollte, so der Islamwissenschaftler und Autor Daniel Bax. Gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler und Rechtsextremismusexperten Gideon Botsch wird er über die Herausforderungen in den aktuellen Islamdebatten – auch im Kontext von Flucht und Asyl – diskutieren.

Moderation: Yasemin Shooman

Weitere Infos unter:

http://www.jmberlin.de/main/DE/02-Veranstaltungen/veranstaltungen-2016/2016_04_06_buchvorstellung.php

14. April 2016
Feministische Zugänge zu Judentum und Islam
»Judentum & Islam in der Diaspora«
 Ringvorlesung des Jüdisch-Islamischen Forums der Akademieprogramme

Weitere Infos unter:

http://www.jmberlin.de/main/DE/02-Veranstaltungen/veranstaltungen-2016/2016_04_14_feministischeZugaenge.php

26. April 2016
Antisemitismus in der arabischen Welt –
Fakten und Mythen
 Vortrag mit Kommentar

Weitere Infos unter:

http://www.jmberlin.de/main/DE/02-Veranstaltungen/veranstaltungen-2016/2016_04_26_vortrag.php

Für alle Veranstaltungen:

Veranstaltungsort:
 W. M. Blumenthal Akademie, Saal
 Lindenstraße 9-14, 10969 Berlin
 Eintritt frei

Anmeldung und Reservierung unter:
 Tel.: (030) 25 993 488
 E-Mail: reservierung@jmberlin.de

16./17.04. sowie 23./24.04., FEZ:

COOKING WITH FRIENDS
Eine kulinarische Mitmachreise
für die ganze Familie

Sa/So 16./17.4. und
23./24.4.2016

12-18:00 Uhr

FEZ

Eintritt frei!

Verkostung

0,50 – 1,00- €



Was essen syrische, mexikanische, indonesische oder kameruner Familien gern? An zwei Wochenenden begegnen sich Kinder und Familien aus verschiedenen Ländern. Sie kochen, grillen, probieren und essen gemeinsam, lernen nicht nur unbekannte Gewürze und Gemüse kennen, sondern auch verschiedene Tischsitten und Rituale.

Im Kochduell begegnet TV-Koch Armin Müller am 16./17.4. dem Profikoch Ausama Olivi aus Syrien sowie am 23./24.4. dem Profikoch Siamak Arjamandhaghigi aus dem Iran.

Neben der kulinarischen Reise gibt es Wettspiele, einen persischen Tanzkurs, Fußballspiele, Bobby-Car-Rennen und eine Schnippelparty.

Kontakt/ Veranstaltungsort

FEZ-Berlin
 Kinder-, Jugend- und Familienzentrum
 Abenteuer - Bildung - Spaß
 Straße zum FEZ 2
 12459 Berlin

Tel.: (030) 53071 - 0

E-Mail: info@fez-berlin.de

Internet: <http://www.fez-berlin.de>

[Grafik: FEZ]

Kultur bewegt e.V.:

STADTTTEILFÜHRUNGEN IM APRIL 2016
Neukölln

In Neukölln ist Einwanderung schon lange Geschichte und Alltag, die Stadtteilführerinnen sind Zeitzeuginnen, die davon aus eigener Erfahrung und Anschauung berichten. Ihre Stadtteilführungen sind so vielfältig wie Neukölln selbst!

Sehen Sie die Karl-Marx-Straße, den Richardplatz oder die Gropiusstadt mit den Augen von Frauen, die hier ihre (zweite) Heimat gefunden haben. Neukölln ist ihnen Wahlheimat oder Zufluchtsort geworden, irritierend mit seinen Problemen und faszinierend mit seinem Potenzial. Machen Sie sich ein (anderes) Bild von Berlins „berühmtem“ Bezirk!

Samstag, 2. April um 12:00 Uhr

Tour: „Lebensspuren“

Mit Nuriye Sayman

Treffpunkt: auf dem Herrmannplatz am Tanzenden Paar

Samstag, 16. April um 12:00 Uhr

Tour: „Erkundung im Paradies“

Mit Doha Akil und Hiba Ayad

Treffpunkt: vor dem Eingang zum Heimathafen Neukölln Karl-Marx-Straße 141, U-Bahn Karl-Marx-Straße

Internet: <http://www.route44-neukoelln.de/>

Kontakt

Kulturbewegt e.V.
Oranienburger Straße 37
10117 Berlin

Tel.: (030) 70 222 023

E-Mail: info@kulturbewegt.de

Internet: <http://www.kulturbewegt.de>
